Einzelpreis 80 Mark — Halle, Dienstag, den 13. Februar — Jahrg. 1923 • Nr. 37

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 206 19 Erfurt. Bezugspreis für Februar: wöch. 400 Mk., monatl. 1600 Mk. inkl. Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 380,— Mk. wöchentl. bzw. 1520 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatl. 1600 Mk. Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Millimeterzeile 80 Mk., als Reklame im Textteil 300 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die laufe. Nr.

Poincarés Korporale.

Kommunistische Beschimpfung und Verdächtigung der Bergarbeiter. Unionistische Generalstreikpropaganda.

Bergarbeiter, aufgepaßt!

Zu allen Zeiten, wenn die Wellen hoch gehen, machen sich Elemente breit, die hier und dort auftauchende Verwirrung ausnutzen und sie ihren dunklen Zielen nutzbar zu machen. Eine der gefährlichsten Pflanzen dieser Art ist die sogenannte „Union der Hand- und Kopfarbeiter", die nach einem uns aus Bochum zugehenden Bericht sich in einem neuen Aufruf an die Mitglieder des Bergarbeiter-Verbands und an den Vorstand des Verbandes wendet, mit ihnen eine gemeinsame Front zum Kampf gegen den internationalen Kapitalismus herzustellen. Sie will zunächst **für das Ruhrgebiet einen Generalstreik der Bergarbeiter im Anschluß an den Streik der Saarbergleute. Die kommunistische Presse hat den Kampf der Bergleute an der Saar schon vor seinem Ausbruch als ein Manöver bezeichnet, welches nur gemacht werde, um den Franzosen Schwierigkeiten zu bereiten.** So schrieben „Ruhr-Echo" und „Westfälische Arbeiterzeitung" am 5. Februar, die Meldung von dem bevorstehenden Saarstreik weise darauf hin,

„daß man diesen Streik als Mittel zur Verschärfung der französischen Kohlenschwierigkeiten benutzen will, um so eine bessere Basis für die Verständigung mit der französischen Regierung zu gewinnen. Zentrum und Sozialdemokratie, welche nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Streik sein dürften, werden das alte, morsche Schifflein der Erfüllungspolitik wieder besteigen, da der kühne Wikinger Cuno sein nationales Kampfschiff mit hörbarem Ruck auf den Grund steuerte."

In derselben Nummer brachten die beiden Blätter die Mitteilung aus Saarbrücken, daß die Regierungskommission im Saargebiet, um den Streik abzubiegen, drei Franken Zulage pro Schicht zugesagt habe. (**Die Forderung der Bergarbeiter betrug 5 Franken sofort und weitere 2 Franken ab 1. März.**) Diese Mitteilung versahen die beiden Blätter mit der hämischen Bemerkung:

„Also trotz Bewilligung der Forderung Streik. Diese Meldung bestätigt unsere Auffassung, daß der Saarstreik als wirtschaftlicher Flankenstoß gegen die Ruhrpolitik der Franzosen gedacht und gemacht wird."

Diese kommunistische Behandlung des Streiks der Saarbergleute ist eine ungeheure Unverschämtheit. Seit Monaten leiden die Saarbergleute unter den abgebauten Löhnen und der wachsenden Teuerung. Seit Monaten mühen sie sich um Verhandlungen und Besserung der Verhältnisse, und hier **lügen die Kommunistenblätter das Angebot von drei Franken in eine Bewilligung der Forderung um.** Schon daraus ersieht man, was von diesen Leuten zu halten ist. **Die Verdächtigung der Bergarbeiterverbände den Franzosen gegenüber ist ein Kapitel für sich.** Wir haben dazu nur festzustellen, daß die Saarbergleute ihre Lohnbewegung selbständig eingeleitet und selbst darüber entschieden haben.

Dem Vorsitzenden des Bergarbeiter-Verbandes, Husemann, war es nicht einmal möglich, Einreiseerlaubnis in das Saargebiet zu bekommen.

Die Union fordert nun die Bergarbeiterschaft in dem neuen Aufruf auf, gemeinsam mit der Bergarbeiterschaft des Saargebietes auch im Ruhrgebiet den Generalstreik zu erklären. Dieser Generalstreik soll zum Ziel haben neben der Sechsstundenschicht, der Beseitigung des Steuerabzugs vom Lohn, einer Ueberteuerungssumme von 100 000 Mk. usw. auch den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen von der Ruhr.

Was diese Forderungen betrifft, so dienen die Bergarbeiterverbände mit ihrer bisherigen Taktik den Bergarbeitern des Ruhrgebietes und dem ganzen deutschen Volke sicherlich mehr als die Kommunisten mit ihrem Generalstreik. So wenig Sympathie die Bergarbeiterschaft für das Kabinett Cuno hat, so wenig Veranlassung hat sie, unter den bestehenden Verhältnissen auf seinen sofortigen Sturz hinzuarbeiten. Was an Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter und Erleichterung der Lebenslage der Bevölkerung im Ruhrgebiet nur irgendwie herausgeholt werden kann, haben die Vereinigten Bergarbeiterverbände getan und werden es weiter tun. Ihre Bemühungen haben eine gewisse Grenze an der finanziellen Not unseres Landes, andererseits ist es aber wieder die wirtschaftliche Not unseres Gebietes, welche die Reichsregierung zwingt, mehr zu tun, als sie unter anderen Umständen wohl tun würde.

Generalstreik im Ruhrgebiet bedeutet Massen auf die Straßen bringen, das bedeutet die Gefahr von Zusammenstößen mit französischem Militär, bedeutet die Gefahr eines großen Durcheinanders im Gebiet und bedeutet ganz sicherlich eine gewaltige Erschwerung der Lebenshaltung der Bevölkerung, eine unbeschreibliche Vermehrung der Nahrungssorgen für das ganze Gebiet. Wer eine solche Politik befürwortet, wie es die Union tut, arbeitet direkt den Franzosen in die Hände. Er könnte es nicht besser machen, wenn er im Einverständnis mit ihnen handelte. Eine solche Betätigung lehnt der Bergarbeiterverband ab, und er kann es ruhig ertragen, wenn die Union auf ihn, seine Führer und seine Taktik schimpft.

Die Union, die ihre im wahrsten Sinne des Wortes arbeiterfeindlichen und militärfreundlichen Absichten im Ruhrgebiet dank der Wachsamkeit der denkenden und besonnenen Teile der Bergarbeiterschaft nicht verwirklichen kann, wird nicht unterlassen, auch im mitteldeutschen Bezirk zu einer ihr günstig erscheinenden Zeit mit ihren Plänen hervorzutreten. Die mitteldeutschen Bergarbeiter, die sich bisher anerkanntermaßen durch ein hohes Maß gewerkschaftlicher Disziplin ausgezeichnet haben, werden sich im gegebenen Falle nicht durch unionistische oder kommunistische Wirrköpfe zu Handlangern des Poincarismus und der vom französischen Kapitalismus angepeitschten Soldateska machen lassen.

Der vorstehende Aufsatz dient lediglich dazu, die kennen und erkennen zu lernen, die den Bergarbeiter abwechselnd ohrfeigen und streicheln, um ihn dann nach vollendeter Verwirrung vor den Karren des Todfeindes spannen zu können.

Am Hundeschwanz des Nationalismus.

Von E. D. Morel.

Den folgenden Artikel entnehmen wir auszugsweise der Februarausgabe der Zeitschrift „Foreign Affairs". Der Aufsatz zeigt, was ein anständiger Brite über die gegenwärtige Weltlage und ihre riesigen Gefahren denkt. Red.

Herr Poincaré, der den Krieg durchsetzte, für den er und sein verstorbener Freund Iswolsky mit soviel Eifer und Geschick gearbeitet haben, und der dann den Sieg erhielt, den wir und Amerika ihm freundlicherweise möglich machten, hat jetzt endgültig das Schaffsfell weggeworfen und auf das höchste Ziel zu, für das er und seine französischen und russischen Genossen vor dem Kriege und während des Krieges so tüchtig gearbeitet haben, einen großen Schritt getan, nämlich auf das Ziel der Zerstückelung und der wirtschaftlichen Versklavung des deutschen Staates. Wie einer seiner Bewunderer kürzlich schrieb, ist er zu einem direkten Nachfolger Richelieus geworden. Sicherlich! Er vertritt in seiner Person die traditionelle Zielsetzung des französischen Imperialismus, wie er im 17. Jahrhundert unter Ludwig XIV., im 18. Jahrhundert unter der Convention, im 19. Jahrhundert unter dem Kaiserreich zutage trat. Diese Zielsetzung heißt die militärische Vorherrschaft in Europa. In Verfolgung dieses Ziels ist der Kontinent wiederholt mit Blut getränkt worden. Das wird wahrscheinlich von neuem der Fall sein, wenn sich die britische Regierung damit beguügt, den Schoßhund des Herrn Poincaré zu spielen.

Man sagt uns, daß das britische Kabinett Sorgen habe. Das will ich gern glauben. Als Kabinett ist es nicht verantwortlich für die Erbschaft, die ihm von Herrn Lloyd George überlassen wurde. Es hat auf dem Wege der Rache Halt gemacht, auf dem dieser glänzende Staatsmann und sein Kollege Clemenceau im Jahre 1919 so entschlossen zu schreiten begannen, indem sie Wilson mitsich schleppten. Aber es kann auf der betretenen Bahn nicht weiter Halt machen. Es muß entweder auf ihr weiterschreiten oder abspringen, und wenn es nicht furchtbar schnell abspringt, dann wird es entdecken, daß sich der Teufel auf der einen Seite der Straße und das tiefe Meer auf der anderen Seite des Weges befindet.

Man lese den Versailler Vertrag im Lichte der gegenwärtigen Entwicklung. Dann bemerkt man, wie sehr seine Bestimmungen Glied für Glied ineinander passen und eine vollkommene Kette bilden, mit der der Körper Europas gefesselt wird. Man mache aus einem Mann einen Bettler, man lege ihm so riesige Geldstrafen auf, daß er sie nicht zahlen kann, selbst wenn er ein Millionär wäre. Da er am Boden liegt, so trete man ihm auf den Kopf und springe ihm auf den Bauch, und während man das tut, schreie man laut, daß man keine Sicherheit habe, wenn er sich jemals wiederaufrichten werde, und daß man gegen diesen Fall beschützt werden müsse, und man schütze sich dagegen, indem man Vorkehrungen trifft, daß, wenn er sich jemals wiederaufrichten sollte, sich zwei oder drei kräftige Männer mit Knütteln hinter der Ecke befinden, um ihm auf den Schädel zu schlagen. Das ist die Geschichte der Behandlung Deutschlands während der letzten vier Jahre. Wir selber haben uns nicht sehr beträchtlich an dem Treten beteiligt, aber unser Anteil an dem Lärm war erheblich, und wir standen an der Spitze, als die Strafe festgesetzt wurde.

Der Prozeß des Tretens wird jetzt kräftiger angewandt als jemals — für Zwecke der „Sicherheit", und einer der Männer mit dem Knüttel wartet hinter der Ecke. Wenn Herr Poincaré den passiven Widerstand der deutschen Abwehr nicht überwinden kann, dann wird der polnische Kavalier herbeigerufen werden. Marschall Pilsudsky hat kein besonderes Interesse daran, denn er ist klug genug, zu verstehen, daß das neue Polen ein feindliches Deutschland und ein feindliches Rußland nicht ertragen kann. Doch Herr Poincaré hat mächtige Ueberredungsmittel. Wenn Polen sich einmischt, dann wird der Kampf beginnen, und Rußland hat klar zu erkennen gegeben, daß es solchenfalls seine Rechnung mit den Polen zum Ausgleich bringen wird. Ein hübsches Bild. Aber ich bemerke, daß Lord Robert Cecil einen „hellen Fleck" in ihm entdeckt hat: den Völkerbund. Er ist der Ansicht, daß Lord Curzons „hochherziges Angebot", den Mossulstreit dem Völkerbund zu übertragen, „eine der feinsten Taten ist, die ein britischer Staatsmann jemals unternommen hat". Wir haben ein ziemliches Mißtrauen gegenüber derartigen Superlativen. Man sollte eigentlich den Augenblick für schlecht geeignet halten, um die Türkei mit Völkerbundssanktionen wegen Mossul zu bedrohen. Sich mit der Türkei wegen Mossul angesichts der dem Verhängnis entgegentreibenden europäischen Lage zu streiten, erscheint eigentümlich. Zu erwarten, daß die Türkei den Völkerbund als eine unparteiische Körperschaft in dieser Frage betrachten könnte, wo doch der Bund uns das Mandat für Mesopotamien übertragen hat, von dem Mossul ein Teil ist, verlangt, daß man ein Bewohner jener Welt der Täuschung sei, in der ausgezeichnete Personen wie Lord Robert Cecil mit Vorliebe herumlungern. Was könnte der Völkerbund wohl anders tun, als das Mandat bestätigen? Es ist sehr wohl verständlich, daß die Türken die Angelegenheit in diesem Lichte sehen. Natürlich, wenn die „wohlwollende Neutralität", mit der wir Herrn Poincarés Vorgehen (gegen Deutschland) verfolgen, irgendwie erschüttert würde, dann könnte sich Frankreich für den Türken einsetzen. Ich vermute, daß dieser Gedanke unsere Neutralität so sonderbar und ihr Wohlwollen so ausgesprochen macht. Im diplomatischen Sinne ist es nicht weit von der Ruhr nach Mossul: Europa mag untergehen, wenn wir Mossul behalten! Armer britischer Steuerzahler! Armer britischer Arbeiter! Sie mögen sich trösten, indem sie das kürzlich erschienene Buch eines bisherigen Beamten der mesopotamischen Verwaltung lesen, wo uns erzählt wird, daß, wenn wir unsere Hand von dem ergiebigen Meso-

Dégouttes Taktik.

Die Kohlensperre vollständig. — Unterbindung der Nahrungsmittelzufuhr? — Behinderung der Gewerkschaftsführer.

(Drahtbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.)

Dortmund, 13. Februar.

Die Kohlensperre ist jetzt vollständig. Der Abtransport von Kohle in das Innere Deutschlands, wie er noch in den letzten Tagen, teilweise bis zu 30 000 Tonnen pro Tag, erfolgte, ist unterbunden. Die beladenen Wagen werden zu ihrem geringsten Teil von französischen Eisenbahnern abtransportiert; der Rest verbleibt im Innern des Industriegebiets. Mit dem Erlahmen des Abtransportes in das Innere Deutschlands ist naturgemäß die Produktionsförderung automatisch zurückgegangen; denn unsere Bergarbeiter lehnen es ab, für die Franzosen und Belgier unter Bajonetten zu fördern. Statt Kohle zu produzieren, machen sie in einzelnen Gruben, deren Halden überfüllt sind, Aufbesserungsarbeiten.

Das macht der Besatzung vorläufig keine Kopfschmerzen. Die Franzosen wissen, daß sie ihr Heil bei den Bergarbeitern vergeblich versuchen müssen und setzen deshalb die drakonischen Hebel zunächst an anderer Stelle an. Zurzeit ist nur noch eine Hauptstrecke für Lebensmitteltransporte aus dem Innern Deutschlands frei. Die Verpflegung für die Bevölkerung muß deshalb zum größten Teil durch Autokolonnen herangeschafft werden, stellenweise hat man schon den Versuch gemacht, **diese Zufuhr durch Beschlagnahme von Lastautos zu unterbinden.** Neuerdings fordern die Franzosen die Inbetriebnahme eines Teils des Essener Hauptbahnhofs durch eigenes Personal. Der Zweck dieses Planes, der heute zur Ausführung gelangen soll, ist natürlich, **auch die letzte Zufahrtsstrecke durch Provozieren unserer Eisenbahner brachzulegen.** Damit würde sowohl das Ruhrgebiet, wie auch das Wuppertal verkehrstechnisch vom Innern Deutschlands abgeschnitten sein.

Die „technischen Maßnahmen" mit ihren psychologischen Auswirkungen werden unsere Arbeiter in der gleichen Art zu beantworten versuchen. Das ist sicher, trotzdem die Besatzung eifrig bestrebt ist, **unseren Gewerkschaftsführern jede Zusammenkunft zur Beschlußfassung über die Taktik unmöglich zu machen.**

Die Not der Kinder im besetzten Gebiet.

3,5 Milliarden Reichsgelder zum weiteren Ausbau des deutsch-amerikanischen Kinderspeisungswerkes.

Berlin, 13. Februar.

Zur Linderung der Kindernährungsnot im neubesetzten Ruhrgebiet ist dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe sofort nach dem Einbruch der Franzosen für den weiteren Ausbau des amerikanisch-deutschen Kinderspeisungswerkes von der Reichsregierung der Betrag von 3,5 Milliarden zur Verfügung gestellt worden. Durch diese Mittel wird eine Verdoppelung der Speisungszahl in den in Frage kommenden Orten von 80 000 auf 160 000 ermöglicht. Insgesamt sind für diese Erweiterung der Speisung folgende Lebensmittel erforderlich: 320 Tonnen Mehl, 64 Tonnen Zucker, 12 Tonnen Kakao, 34 Tonnen Fett, 7800 Kisten evaporierte Milch. Die Lebensmittel werden den vom Arzt ausgewählten, besonders schwächlichen Kindern in Form eines nahrhaften Frühstücks verabreicht, das aus ½ Liter Milchgetränk und einem gehaltreichen Gebäckstück besteht. Dem Nährgebäck nach entspricht dieses Frühstück etwa ⅓ bis zu ¼ der für ein Kind erforderlichen Nahrungsmenge. Die Erhöhung der Speisung ist in der Durchführung begriffen.

Mit Rücksicht auf besondere Notstände ist auch für Hessen-Darmstadt eine Erhöhung der Speisungszahl von täglich 6000 auf 14 000 bis 15 000 bewilligt worden. Die erforderlichen Lebensmittel werden zum Teil aus den Reserven des Zentrallagerhauses für die Auslandshilfe in Hamburg geliefert, zum Teil aus besonderen letzthin eingelaufenen Gaben bestritten.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 29000

Tendenz: Unsicher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 13-11/fragment/page=0001

tamien zurückgehen. Der Zusammenbruch des britischen Weltreichs unmittelbar bevorstünde. („The Ins and Outs of Mesopotamia." By Thomas Lyell.) Nun wohl, eine der direkten Folgen des schließlichen Ueberkochens der höllischen europäischen Suppe infolge der Leistungen des französischen Koches wird ein türkischer Einfall nach Mesopotamien sein, und wenn einmal die islamische Fackel in Vorderasien angezündet worden ist, dann wird sie in noch anderen Ländern als in Mesopotamien einen Brand entzünden. Armer britischer Arbeiter! Armer britischer Steuerzahler.

Was kann gegen die Ruhrkrankheit getan werden — das ist der neue Name für das alte Uebel, das bisher Raub unter Waffen genannt wurde? Wenn ich die Immunität beansprüchen könnte, die einem Genie wie z. B. Herrn Bernard Shaw gewährt wird, dann würde ich vorschlagen, daß als Vorspiel für die Reinigung der Luft wir, sozusagen, zunächst uns daran machen sollten, Lord Grey, Herrn Asquith, Lord Haldane und Herrn Lloyd George zu hängen, zu rädern und zu vierteilen dafür, daß sie uns so fest an den Hundeschwanz des französischen Nationalismus gebunden haben, so fest, daß wir heute den Knoten nicht lösen können. Aber da ich mich nicht in dieser glücklichen Lage befinde, so empfehle ich die Annahme der in dem Manifest der Union of Democratic Control niedergelegten Politik (diese entspricht in großen Zügen der bekannten Politik der Britischen Arbeiterpartei. Red.).

Laßt uns die Welt der Täuschung verlassen und der Wirklichkeit ins Auge sehen. Laßt uns aufhören, über Reparationen zu reden. Das Wort ist zu einer sinnlosen Bezeichnung geworden. Es hat niemals seine tatsächliche Bedeutung in dem Poincaréschen Plane gehabt. Wir stehen der Möglichkeit einer neuen ungeheuren Erschütterung gegenüber, die das zerstören wird, was der Krieg unzerstört gelassen hat, die neue und unberechenbare Mächte der Zerstörung loslassen und die europäische Zivilisation in das Mittelalter zurückwerfen wird.

Die Arbeiterschaft kann als kollektive internationale Macht einiges tun. Ich bezweifle, daß ihr Zusammenhang heute genügend stark sei, um sie zu einem entscheidenden Faktor zu machen, obgleich ihre Macht, wenn der Zusammenhang in voller Stärke bestünde, ihr den Vorrang geben würde. Und doch kann die Arbeiterschaft viel tun. Sie kann auf der Anwendung des einzigen Heilmittels bestehen, das es heute in der Welt gibt, — der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit im Sinne der großen grundlegenden Frage, die weder politisch noch wirtschaftlich, sondern moralisch ist. Vorab sieht dies ein. Wird Macdonald der britische Vorab sein?

Momentbilder aus dem Ruhrgebiet.

Hotelsperre. — Sämtliche Personenautos des besetzten Gebiets beschlagnahmt. — Lebensmitteltransport-Schutz und Besatzungsbehörde.

Essen, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In Essen wurde heute zum erstenmal der Boykottbeschluß der Hoteldbesitzer und Händler gegen die Besatzungstruppen durchgeführt. Französische Offiziere drangen deshalb in das größte Essener Hotel, den „Handelshof", ein und forderten das Küchenpersonal unter Bedrohung mit der Reitpeitsche und dem Revolver auf, das bereits fertiggestellte Essen zu verabreichen. Ein Teil des Personals flüchtete, der zurückbleibende Teil mußte sich dem Zwange fügen. Ein Hausbursche wurde mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, ein Faß Bier anzustechen. Die Franzosen bezahlten nach Gutdünken das Essen und verschwanden dann. Im Laufe des Nachmittags wurden zwei große Hotels in Essen, und zwar der „Handelshof" und der „Kaiserhof", von den Franzosen beschlagnahmt. Die Kellner lehnen in Zukunft jede Bedienung für die französische Besatzung ab.

Dortmund, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im ganzen neubesetzten Gebiet wurde heute alle Personenautomobile beschlagnahmt, soweit sie auf der Landstraße abgefangen werden konnten. Die Besatzung griff zu dieser Maßnahme, nachdem sich einige große Städte geweigert hatten, über hundert Automobile zur Verfügung zu stellen. Ein Automobil kostet heute 85 Millionen Mark.

Kurz vor Essen wurde auch das Automobil des Regierungspräsidenten Genossen Grützner, der sich auf einer Fahrt im Industriegebiet befand, beschlagnahmt. Grützner protestierte entschieden gegen diesen Gewaltakt mit dem Erfolg, daß man ihm nach 1½ Stunden seinen Wagen wieder aushändigte.

Dortmund, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Infolge der Verstopfung einzelner Bahnhöfe ist es unmöglich, die aus dem Innern Deutschlands kommenden Lebensmitteltransporte glatt zu ihrem Bestimmungsorte durchzuführen. Die Eisenbahner haben infolgedessen beschlossen, solange der Zug hält, Wachen aufzustellen, um einen Diebstahl zu verhindern. Diese Vorsichtsmaßnahme unterbindet die Besatzungsbehörde mit Gewalt, soweit sie bisher Anwendung fand.

Kommunistischer Schwindel.

Der „Klassenkampf" in Halle gibt sich täglich Mühe, Gegensätze zwischen Führern und Massen in der Sozialdemokratischen Partei zu erfinden. Einen besonders dummen Schwindel leistete er sich am Sonnabend über eine Funktionärversammlung in Köln, wo Genosse Sollmann gesprochen hat. Er behauptet, Sollmann habe eine schwere Niederlage erlitten, die Versammlung habe die Schreibweise der „Rheinischen Zeitung" verurteilt, und die Opposition habe die Versammlung völlig beherrscht. Alle diese Behauptungen sind erlogen. Wahr ist, daß eine von Sollmann vorgelesene Entschließung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen worden ist.

Die Entschließung hatte nach dem uns vorliegenden Kölner Bericht folgenden Wortlaut:

„Die Funktionäre der VSPD. erklären: Der von der gesamten sozialistischen Internationale einmütig verurteilte Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet erfordert die entschlossene, gewaltlose Abwehr des deutschen Volkes, insbesondere aber der Arbeiterklasse, der verdoppelte Ausbeutung, doppelte Versklavung droht. Die Sozialdemokratie kämpft am Rhein und an der Ruhr um den Bestand des republikanischen Reiches, um das freie Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, um die Verfügungsgewalt über Gebiets- und Bodenschätze Deutschlands. Jeden Mißbrauch dieses Freiheitskampfes zur Völkerverhetzung, zu nationalen und internationalen kapitalistischen Schachergeschäften und zur Unterwühlung der Deutschen Republik wird die Sozialdemokratie entschieden zurückweisen. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sich erneut als die stärksten Säulen des Reiches erweisen, müssen verlangen, daß diese Tatsache in der Wirtschaft und im Staate stärker zum Ausdruck kommt als bisher."

Mit dieser Resolution vergleiche man die unsäglich dumme Agitationsmache der KPD.-Zeitung, und man wird das ganze Wesen kommunistischer Politik begreifen.

Skandinavischer Arbeiterprotest.

Gegen den Ruhreinfall.

Kopenhagen, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Mittwoch abend findet im größten Saale der dänischen Hauptstadt eine skandinavische Kundgebung gegen den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet statt. Neben Vertretern der dänischen, schwedischen und norwegischen Sozialdemokratie wird als Vertreter Deutschlands Genosse Otto Wels sprechen.

Ausfuhrverbot für Farbstoffe aus dem Ruhrgebiet.

Berlin, 13. Februar. (WTB.)

Die französischen und die belgischen Mitglieder der Rheinlandkommission erließen gestern ein Ausfuhrverbot für Farbstoffe, Düngemittel und Samen aller Art für das alt- und neubesetzte Gebiet.

Das Notgesetz gegen die Wirkungen des Ruhreinfalls.

Reichstag.

Berlin, 18. Februar.

Die Reichsregierung legte am Montag dem Reichstag das Notgesetz gegen die Wirkungen des Ruhreinfalls zur ersten Beratung vor. Der Reichswirtschaftsminister Becker machte sich seine Aufgabe, den Gesetzentwurf zu begründen, recht leicht. Er glitt mit einigen vaterländischen Redewendungen über die ernsten wirtschaftlichen Probleme hinweg. Der Redner unserer Partei, Genosse Sollmann, ließ demgegenüber keinen Zweifel darüber, daß der Sozialdemokratie dieser Gesetzentwurf ganz und gar unzulänglich erscheint. In nachdrücklichen und sehr entschiedenen Worten verlangte unser Fraktionsredner die Ergänzung des Gesetzentwurfs nach der wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Seite. Gegen die Presse der Rechtsparteien polemisierend, rechnete Genosse Sollmann mit den lächerlichen nationalistischen Uebertreibungen und Illusionen zahlreicher bürgerlicher Zeitungen ab und fand bei diesen Ausführungen auch Zustimmung in der Mitte des Hauses. Die Sozialdemokratie, so schloß unser Redner, will das Notgesetz zu einem Kampfgesetz machen gegen den wirklichen inneren Feind. Von den bürgerlichen Parteien ließen nur die Deutsche Volkspartei und das Zentrum kurze Erklärungen abgehen. Dann wurde das Notgesetz dem Reichsausschuß überwiesen.

Zum Haushalt des Reichsjustizministeriums sprach Genosse Rosenfeld, der seine Rede mit einem flammenden Einspruch gegen die Völkerrechtsverletzung im Ruhrgebiet und gegen die Rechtsbrüche durch fremde Militärgerichte einleitete. Er sagte dann sehr treffend, daß unser Schrei nach wirklichem Recht in der Welt dann am meisten Eindruck machen werde, wenn wir auch im Innern Deutschlands für wirkliche gerechte Rechtsprechung sorgen. Unser Redner führte an einer Fülle von Einzelbeispielen den Nachweis, daß es daran noch sehr mangele. Die meisten Richter urteilen noch, als sei die Umwälzung des Jahres 1918 überhaupt nicht gewesen, sie leben in den Vorstellungen früherer Zeiten befangen. Zwar wüßten wir, daß die Klassenjustiz in der heutigen Gesellschaft nicht beseitigt werden könne, aber ihre Milderung sei möglich und notwendig. Die Rede des Genossen Rosenfeld fand selbstverständlich scharfe Erwiderungen von den Rechtsparteien, insbesondere der Thüringer Amtsrichter Abg. Graef und der deutschvölkische v. Graefe stellten sich vor den Reichsflag und beklagten sich über zu scharfes Zupacken der Justiz gegen Deutschnationale und Deutschvölkische. Dabei mußte wieder einmal die Thüringer Regierung herhalten. Der thüringische Ministerpräsident, Genosse Fröhlich, bereitete den beiden Rechtsparteilern sofort eine Niederlage, die von dem ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und von der gesamten Linken stürmisch applaudiert wurde. Es zeigte sich, daß militärisch organisierte Banden mit Eisenbahnzügen und zum großen Teil bewaffnet nach München hatten vorstoßen wollen. Daß die Thüringer Regierung und ihre Polizeiorgane das verhindert haben, ist ein durchaus verdienstliches Werk.

Heute, Dienstag, wird die Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums fortgesetzt.

Die sächsische Regierungsbildung.

Heute vormittag Entscheidung?

Dresden, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittag sind die Fraktionen des Landtags erneut zusammengetreten, um Stellung zur Regierungsbildung zu nehmen. Bis jetzt haben keine Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den bürgerlichen Parteien stattgefunden. Eine Entscheidung dürfte frühestens heute vormittag fallen, wo in der sozialdemokratischen Fraktion ein Schreiben der Demokraten zur Beratung steht, in dem diese die Sozialdemokraten einladen, mit ihnen in Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten einzutreten.

*

Die Meldungen der bürgerlichen Presse eilen den Tatsachen schon wieder einmal weit voraus. Sie weiß schon die Namen der demokratischen und sozialdemokratischen Unterhändler zu nennen und lanciert als kommende demokratische Minister nicht nur Dr. Seyffert und Dr. Reinhold, die schon einer früheren Koalitionsregierung in Sachsen angehört haben, sondern nennt auch den Ministerialdirektor Dr. Dehne und den Zittauer Oberbürgermeister Kneis. Die Demokraten wollen sich diesmal, anscheinend auf Betreiben der Deutschen Volkspartei, nicht mit zwei Ministern begnügen, sondern fordern drei Sitze.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich am Montag bei der Beratung des Haushalts der Bergverwaltung mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet und den letzten Unglücksfällen im Bergbau. Für das Ruhrgebiet wurde die Sicherstellung der Ernährung und zur Vermeidung von Unglücksfällen im Bergbau die Verwendung der Rettungsapparate und die Verbesserung des Rettungswesens im allgemeinen gefordert.

Wirtschaftspolitik.

Moskauer Landwirtschaftsausstellung.

In der Zeit vom 15. August bis 1. Oktober findet, wie bereits bekannt, in Moskau eine große internationale Landwirtschafts-Ausstellung statt. Die Bedingungen für die Teilnahme an dieser Ausstellung sind durchaus günstig zu nennen. Den Ausstellern ist größtmöglichste Bewegungsfreiheit gelassen. Für die Erbauung von Ausstellungspavillons werden die Materialien zu russischen Preisen geliefert, desgleichen stehen Arbeitskräfte zu russischen Bedingungen zur Verfügung. Alle Ausstellungsgegenstände können an den Staat oder an Korporationen, öffentliche Institutionen und Privatpersonen verkauft werden. Vom Erlös gehen 10 Prozent an das Ausstellungskomitee. In Rußland wird ein besonderer Ausstellungs-Güterttransport eingerichtet, der beispielsweise die Ausstellungsfracht vom Dampfer in Petersburg übernimmt und direkt der Ausstellung zuführt. Die Kosten für den Hintransport zahlt der Aussteller. Der Rücktransport der nicht verkauften Ausstellungsgegenstände ist in Rußland frei. Von den verkauften Gegenständen wird ein Zoll nicht erhoben. In russischen Regierungskreisen erwartet man einen großen Erfolg dieser Ausstellung, der man in Deutschland mit größtem Interesse entgegensieht.

An den Völkerbund

(Abteilung Offertenannahme).

Das neue Jahr, von großen Hoffnungen, Inventurverlusten und einer Kohlenpreiserhöhung eingeleitet, hat erstens den von den besseren Kreisen längst erfehnten Dollarhochflug, zweitens eine neue Mode in der internationalen Verständigung gebracht. Was den Dollar anbetrifft, so geht in der Allgemeinheit die Meinung um, daß die Mark die leidige Gepflogenheit beibehalten wird, sich unter den Händen und unter der Aufsicht ihrer eigenen schweißgewohnten Erarbeiter zu verflüchtigen, während ehrsame staatliche Körperschaften seit Jahren unentwegt die Zuversicht verrechten, die Mark sei eine wirkliche Mark, so wie wir sie von früher her kannten. Zunächst handelt es sich um das hochwohllöbliche Staatliche Leihhaus, von unbeteiligten Leuten, die das Erhabene in den Staub zu ziehen lieben, „Mutter Peter" genannt; diese würdige Stätte gediegener Bürgerlichkeit erfreut sich seit Jahren meines Zuspruchs, da es meine Erzieher einst versäumt haben, mich von der Notwendigkeit des Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben zu überzeugen. Ich bin daher mit den einschlägigen Verhältnissen wohl vertraut. Bei Mutter Peten wirken in erhabener Ruhe, langsam, sicher und bedächtig, auch wenn der Andrang tost, die taxierenden Beamten. Aber die Gemächlichkeit ist nur Schein. In ihrem Innern lebt werktags von 9 bis 8 die bohrende Angst, „wenn der Dollar aber fällt!". Sie befinden sich daher während der Dienststunden stets in der Defensive. Ihr Vertreter, nach dem sie die Pfänder beleihen, taxiert um ein Viertelsehr zurück, was in der heutigen marktfürstenden Zeit allerhand besagen will. Ich für meine Person habe heute meine kostbarste Habe, die im Laden über 100 000 Mark kostet und bald das Doppelte kosten wird, versetzen wollen. Der Taxator, der mir versicherte, Fachmann zu sein, bot mir 5000 Mark, worauf ich ihn fragte, ob er mir vielleicht eine Pfennig wechseln könne und mein Angebot zurückzog. Smarte Leute machen sich die Verschiedenheit in der Auffassung der Wertbeständigkeit der Mark zunutze und meilen ihre auf heute herübergeretteten oder in der großen Zeit erschobenen Wertsachen als einwandfrei mitkende Kuh. Wer z. B. 1000 Mark in Gold besitzt, konnte auf Kosten des Leihamts leben, ohne einen Finger zu rühren und ohne sein Geld einzubüßen. Im August wird er dafür etwa 10 000 Mark bekommen haben; er verbraucht das Geld, borgt sich, wenn es alle ist, auf zwei Stunden die 10 000 Mark, löst seine Goldkuhe mit dem geborgten und inzwischen trotz der Aufsicherung des Leihamts entwerteten Geld ein und versetzt sie sofort an derselben Stelle wieder, wobei er 70 000 Mark erzielt. Heute würde er für seine 1000 Mark eine Million beziehen.

Die andere staatliche Stelle ist die ehrwürdige deutsche Gerichtsbarkeit. Im Februar vorigen Jahres wurde ich von meinem Chef, bei dem ich ein Monatsgehalt von 4000 Mark erfaß, angeblich wegen Frechheit Knall und Fall herausgeworfen. Ich verklagte ihn auf Zahlung eines halben Monatsgehalts. Mein Chef, der sich auf diese Weise einen ganzen Hochbahnwagen voll Angestellten halten kann, verstand es, den Prozeß bis heute hinzuziehen. Wer die Schnelligkeit der Gerichte kennt, wird nicht erstaunt sein, wenn ich ihm verrate, daß die Entscheidung noch nicht gefallen ist. Aber selbst wenn ich den Prozeß heute glatt gewonnen hätte, könnte ich mir für den Ertrag im ganzen zwei Dosen Schuhfirm kaufen. Dies versteht man unter Gerechtigkeit.

Bezüglich der internationalen Verständigung hielt man es bekanntlich bisher so, daß die Regierungen ab und zu zur Beschleunigung der Weltgeschichte den Verstand für eine Zeit offzuzeit außer Tätigkeit setzten und zwecks weiterer Verwirrung der Lage ihre Befugnisse an das Militär abgaben, das feinerseits peinlich darauf achtete, jedes Wiederaufleben einer Gehirntätigkeit zu unterbinden. Das Denken wurde dann durch Inkrafttreten von Kanonen und Bajonetten ersetzt. Handelte es sich etwa um den Besitz einiger Quadratkilometer Landes, so gebot die Ehre, dies Stück Land auch von der anderen Seite mit Hilfe von Kanonen zu verwüsten, auch wenn es vor der Hand das eigene war. Im Ruhrgebiet halten sich zurzeit einige französische Generale mit Befugnissen auf. Da ihnen indessen augenblicklich nicht mit Gegenüberstellung feuernder Kanonen gedient wird, kommen sie sich mit ihren Muschels, Tanks, Minenwerfern und dem anderen Kulturkram wie bestellt und nicht abgeholt vor. Sie rennen rum und markieren Forsche. Diese moderne Regelung der Kanonenmethode ist zwar keine ideale Art der internationalen Verständigung, aber besser, als wenn auch bei uns mit Kanonen gefuchtelt würde. Einige unserer Volksgenossen sind aber mit dem System der Kalttstellung nicht einverstanden. Fest und treu an dem alten Stiebel festhaltend, hoffen sie auf neuen frischen und fröhlichen Krieg, da sich Kriege zur Förderung der Wohlfahrt bestens bewährten. Diese Erkenntnis schöpfen sie aus den Erfahrungen 1914 bis 1918.

In Anbetracht der zur Schau gestellten Zustände beantrage ich, eine Umstellung der bestehenden Ordnung zu veranlassen, dergestalt, daß die Geisteskranken freigelassen und dafür die anderen ins Irrenhaus gesteckt werden.

Ergebenst Hans Klabautermann.

Briefe.

Das Briefschreiben ist ein Luxus geworden. Selten nur flattert mir eine Freundschaftszeile ins Haus. Es sind alle dieselben armen Teufel wie ich einer bin; sie haben die Markscheine für Brot und Feuerung notwendiger, als für Briefpapier, Tinte, Feder und Marke. Da flüchte ich mich — und viele werden es machen wie ich — gern in die Vergangenheit. Noch habe ich ganze Bündel alter Briefe aufbewahrt. In diesen lese ich jetzt oft und gern. Und freudig umsonnte Vergangenheit taucht vor mir auf, die mich rasch allen Jammer der Gegenwart vergessen läßt. Da sind Briefe mit großen, halbkindlichen Buchstaben. Viel Strafenhaftes steht in ihnen. Ich muß lächeln über diese Versicherungen „bis zum Tode getreuer" Jugendfreundschaften. Wie rasch sind sie alle wortbrüchig geworden! Da sind Briefe mit feinen, zierlichen Mädchenbuchstaben. Ein Leiser, süßlicher Hauch entströmt noch dem schon stark angegilbten Papier, auf dem die Tinte längst zu verblassen begonnen hat. Auch ein paar welke Blumenblätter lagen noch zwischen den Seiten. Was mag aus dem blonden Mädelchen geworden sein? Und dachten doch beide damals, daß wir die Trennung niemals überleben würden! Da sind Briefe rein beruflicher Art. Anerkennende Worte von Kollegen; auch Worte der Kritik fehlen nicht. Mein Weg ist anders gegangen, als ich und mit mir mancher ehrliche Freund es sich gedacht hatte. Da sind unbeholfene, eckige Kinderschriftzüge. Erste Briefe meines Sohnes, die er seinem Vater von seinem Ferienaufenthalt schrieb. Da sind andere Briefe, die vom Lebenskampfe, von Not und Sorge und spärlichen Lichtblicken erzählen. Und dann kommen Briefe — Feldpostbriefe. Die meisten von denen, die sie schrieben, weilen nicht mehr unter den Lebenden. Und war doch manch einer darunter, der warm am Leben hing. Am Leben? Es gibt nichts Unbarmherzigeres, nichts Undankbareres und Ungerechteres als das Leben! Und mit leisen, behutsamen Fingern falte ich den letzten Brief zusammen. Kristernd lasse ich ihn in seine Umhüllung gleiten. Aufrapelt zu einem kleinen Päckchen liegen sie nun wieder alle vereint auf dem Tisch. Und über ihnen und um sie her spinnt mein Traum. Mein Traum von der Vergangenheit, in der noch der Meinungsaustausch froh hin und her flog. Und heute? Heute schreibt man keine Briefe mehr. . . .

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr wird Schillers „Wilhelm Tell" in neuer Einstudierung gegeben. Das Schauspiel wird am Freitag zum erstenmal wiederholt. Mittwoch 7½ Uhr „Die Zauberflöte"; Donnerstag „Kater Lampe"; Sonnabend „Der Wildschütz"; Sonnabend nachmittag findet eine Schülervorstellung von „Maria Stuart" bei kleinen Preisen statt. — Der Vorverkauf für die laufende Woche beginnt jedesmal am Montag, vormittags 10 Uhr.

Volksbühne. Für den Liederabend von Rose Walter (Berlin) am Dienstagabend 8 Uhr im großen Volkspark-Saale sind noch Karten am Saaleingange zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 13-11/fragment/page=0002

Die Papiermark in der vergangenen Woche

Am 31. Januar hatte die Papiermark ihren tiefsten Stand erreicht. Es mußten gezahlt werden für einen Dollar das 11 674fache, für eine schwedische Krone das 11 666fache, für einen holländischen Gulden das 11 474fache, für einen schweizer Frank das 11 537fache, für einen argentinischen Papierpeso das 11 190fache, für ein englisches Pfund Sterling das 11 124fache des Friedenswertes. Die österreichische Krone (85 Pf.) mußte bereits mit 77 Pf. bezahlt werden, näherte sich demnach mit Riesenschritten der vollen Gleichstellung mit der reichsdeutschen Papiermark. Die polnische Mark stand an diesem Tage sogar etwas höher als die deutsche. Aber die Börse hatte sich doch mit dem gelungenen Haussebluff vom 31. Januar den Magen etwas überladen. An jedem der drei nächsten Börsentage wichen die Kurse zurück, wenn auch nicht allzu erheblich. Sonnabend, den 3. Februar, mußte der Dollar „nur" noch mit dem 8880fachen seines Friedenswertes bezahlt werden.

Am Montag dem 5. Februar kletterten die Kurse wieder nach oben. Sie erreichten zwar nicht ganz den Stand vom 31. Januar, waren aber doch noch höher als am 1. Februar. Dann ist allerdings von Tag zu Tag ein Sinken der Kurse zu verzeichnen gewesen. Es hat bis zum vergangenen Sonnabend angehalten. Die nachstehende Uebersicht zeigt, wie viele Papiermark an den einzelnen Tagen der vergangenen Woche in den verschiedenen Ländern aufgewendet werden mußten, um das zu kaufen, was für eine Friedensmark eingehandelt werden konnte.

Februar	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Nordamerika	10 082	9000	8734	7994	7422	7378
Schweden	10 019	8951	8639	7882	7241	7308
Holland	9975	8906	8722	7955	7308	7309
Schweiz	9925	8915	8634	7843	7294	7268
Argentinien	9604	8728	8354	7733	7107	7107
England	9706	8679	8459	7750	7041	7066
Spanien	8171	7315	7081	6433	6003	5973
Dänemark	7086	6368	6224	5522	5099	5166
Norwegen	7086	6323	6101	5539	5061	5076
Japan	5037	4264	4364	3985	3741	3741
Brasilien	4788	4289	4140	3740	3499	3491
Frankreich	3214	3017	2863	2524	2371	2358
Belgien	2802	2548	2524	2217	2094	2081
Italien	2451	2278	2186	1970	1835	1823
Tschechoslowakei	1438	1314	1279	1171	1097	1085
Finnland	1322	1199	1178	1076	1041	1022
Südslawien	524	443	433	394	394	384
Bulgarien	305	277	278	251	237	231
Ungarn	18,60	17,01	17,01	14,80	14,04	14,02
Oesterreich	0,69	0,68	0,62	0,57	0,52	0,51

Die Reihenfolge der Staaten nach ihrer Valuta ist unverändert geblieben. Nur an einzelnen Tagen hat sich das Bild ein wenig verschoben. England ist an einem Tage über Argentinien gestiegen, Holland an drei Tagen über Schweden, die Schweiz an einem Tage über Holland, Norwegen einmal über Dänemark. Solche kleine Schwankungen erklären sich aus dem zufälligen Tagesbedarf an Devisen des betreffenden Landes. Doch immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß der Dollar nicht der alleinige Maßstab für den Wert der Mark ist. Alle Waren, die wir aus den südlichen und südöstlichen Ländern Europas beziehen, aus Italien, Südslawien, Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, oder auch aus Finnland, werden nicht mit Dollars bezahlt, nicht mit dem Vielfachen des Friedenspreises, sondern ganz erheblich niedriger. Es ist glatter Wucher, wenn der Handel dem Käufer solcher Waren den Dollarstand in Rechnung setzt.

Bemerkenswert ist die Bewertung des französischen Franken, dessen treue Trabanten der belgische und die italienische Lira sind. In der Vorkriegszeit stand der Frank im Kurse fast gleich mit dem schweizerischen Franken. Jetzt gilt letzterer reichlich drei französische Frank. Auch gegenüber den anderen valutastarken Ländern verloren Frankreich, Belgien und Italien an Geltung. Anfang Oktober 1922 stand der Frank noch fast auf der Hälfte seines ursprünglichen Wertes; in der vergangenen Woche war er fast auf dem Drittel angelangt. Der belgische Frank hat dieselbe Entwertung erfahren.

Neuer polnischer Marksturz.

Aus Warschau wird gemeldet: Die polnische Mark erlebte gestern einen neuen Sturz, da der Dollar von 268 000 auf 43 000 stieg, womit die Hoffnungen, daß sich die polnische Mark von der deutschen unabhängig machen würde, zerstört sind.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	12. 2. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	11500	11400
1 dänische Krone	5500	5380
1 italienische Lira	1400	1380
1 Pfund Sterling	136000	135000
1 Dollar	29000	28800
1 französischer Frank	1780	1760
1 Schweizer Frank	5440	5400
1 tschechische Krone	860	850

Tendenz: Unsicher.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Bergarbeiterkampf an der Saar.

Im Saargebiet haben die streikenden Kohlenarbeiter als Antwort auf die militärische Besetzung der Gruben das Aktionskomitee beauftragt, dem Personal, das die Unterhaltung der Gruben besorgt, den Befehl zur sofortigen Niederlegung ihrer Arbeiten zu geben. Die Grubenverwaltung hat die zuvor angebotene Lohnerhöhung von 3 Frank wieder zurückgezogen. Man nimmt als sicher an, daß die Eisenbahner im Saargebiet sich dem Ausstand anschließen werden. Die Streikenden haben die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um das Elektrizitätswerk von Saarbrücken im Betrieb zu erhalten.

Auch in Lothringen ist der Streik der Bergarbeiter vollständig. Im südöstlichen Lothringen handelt es sich um 22 000 Bergarbeiter. Die Gewerkschaften erklärten sich mit den Kommunisten solidarisch.

Verbandstag der Hausgehilfen.

Am Sonntag fand in Berlin der dritte Verbandstag des Zentralverbandes der Hausangestellten statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten referierte Genossin Luise Kähler über das Hausgehilfen-Gesetz. Der Verbandstag wandte sich vor allem gegen den für die Hausgehilfen geforderten Lichtbildausweis, weil es sich hierbei um eine Ausnahmebestimmung gegen die Hausgehilfen handelt. Der Verbandstag lehnte ferner die Arbeitsbereitschaft ab und forderte eine festbegrenzte zehnstündige Arbeitszeit. Bei der Festsetzung dieser Forderung ist der Eigenart der Tätigkeit der Hausgehilfen Rechnung getragen und ebenso ist dabei die Tatsache berücksichtigt, daß die Hausgehilfen einen Weg von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Angenommen wurde zu dieser Frage eine Entschließung, in der es heißt:

„Der dritte Verbandstag des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands ersucht den Reichstag dringend, die Beratung über das Hausgehilfengesetz zu beschleunigen. Seit 1918 lebt diese Berufsgruppe unter so unzulänglichen gesetzlichen Bestimmungen, daß es höchste Zeit ist, hier Regelung zu schaffen. Abschlüsse von Tarifverträgen werden von den Hausfrauenvereinen immer abgelehnt mit der Begründung, daß ja das Hausgehilfengesetz zur Beratung steht und die gesetzliche Regelung erst abgewartet werden soll. Der Verbandstag muß gegen die Begutachtung des Entwurfes im Reichswirtschaftsrat scharfen Widerspruch erheben, denn in dieser Form ist das Gesetz vielmehr Schutz der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer."

Ueber die Lehrlingsfrage referierte Gertrud Hanna. In dem Referat und in der Aussprache wurde betont, daß ein Lehrvertrag neue Bindungen und dadurch leicht neue Ausbeutungsmöglichkeiten schafft. Die Hausfrauen würden sich kaum die Mühe nehmen, den jungen Mädchen etwas zu lernen. Man solle einstweilen mehr Schutz für die Jugendlichen im allgemeinen verlangen. In diesem Sinne wurde eine Entschließung angenommen. — Bei der Behandlung der Frage der Tarifverträge, zu der Max Maß referierte, wurde im großen und ganzen übereinstimmend hervorgehoben, daß, solange kein Tarifvertrag besteht, Richtlinien auch ihr Gutes haben. Diese Richtlinien müssen natürlich in enger Fühlungnahme mit der Zentrale hergestellt werden, damit möglichste Einheitlichkeit besteht. Tarifverträge sind erst dann gültig, wenn auf beiden Seiten Kontrahenten vorhanden sind, was zurzeit leider noch nicht der Fall ist. — Ueber die Notlage der Hausmeister sprach sodann Genossin Kunert (Breslau). Sie verlangte, daß der Antrag an die Zentrale, das Dienstverhältnis der Hausmeister zu lösen, unterstützt werde. Gefordert wurde, daß die verschiedenen Leistungen der Hausmeister (Heizen, Reinigen usw.) tariflich entlohnt werden.

Nach Ueberweisung verschiedener Anträge an die Verbandsleitung wurde die Tagung geschlossen.

Der Vorstand des ADB.

Unserem Bericht über die Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist folgendes Ergebnis der Vorstandswahl nachzutragen: Der bisherige geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, darunter Fortenbery als Vorsitzender. Neu hinzugewählt wurde als Vertreter der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten Kunze (Hannover).

„Beamten-Gewerkschaft". Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gibt für seine Mitglieder, die als Beamte in Gemeindes- und Staatsbetrieben tätig sind, eine besondere Zeitschrift: „Beamten-Gewerkschaft" heraus, die die Interessen der Beamten vertreten will. Die Beamten gehören durch die Mitgliedschaft ihres Verbandes zum „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund", über dessen Wirken die „Beamten-Gewerkschaft" gleichfalls berichten will. Da die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung immer mehr an Einfluß gewinnt, ein Zusammenarbeiten mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern notwendig wurde, auch große Vorteile für Arbeiter und Beamte gezeitigt hat, wird dieses Bestreben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter von den Beamten freudig begrüßt werden.

Streik in der Kölner Schokoladenindustrie. Die Arbeiter der Kölner Schokoladenfabriken stehen seit 30. Januar im Streik wegen der Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe und einer Lohnerhöhung. In der Ablehnung der Forderungen hat sich besonders Herr Stollwerck hervorgetan, in dessen Fabrik jedes freie Plätzchen mit Kaiserbüsten und „patriotischen" Bildern ausgefüllt wurde. Sämtliche Vermittlungsversuche scheiterten an dem Standpunkt dieses Herrn, daß niemand über seinen Geldbeutel zu verfügen habe.

Aus dem Hallischen Gewerkschaftsleben.

Konflikt in einem Steinbildhauereibetrieb. Wegen ausgebrochener Differenzen ist die Firma Gellert u. Ko., Ludwig-Wucherer-Straße 57, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Arbeitskollegen, übt Solidarität und meidet diesen Betrieb!

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Steinarbeiter.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser der Donau.

Dort wo die Armen wohnen.

Budapest, 12. Februar.

Der Wasserstand der Donau hat eine Höhe von 688 Zentimetern erreicht. Der ganze nördliche Stadtteil steht bis zu anderthalb Metern Tiefe unter Wasser. Rund 10 000 Personen sind obdachlos; die kleinen Leute wollen die Häuser nicht verlassen, hocken auf den Dächern und bewachen ihr unter Wasser befindliches Haus und Gut. Seit 1838 hat keine Hochwasser-Katastrophe von diesem Umfange stattgefunden. Das Hochwasser ist auch in die Wasserwerke eingedrungen, so daß Budapest ohne Trinkwasser ist.

Die Donau ist nach einer späteren Meldung Sonnabend nacht um 40 Zentimeter gefallen. Die Höchstgefahr ist vorüber. Das Elend der Obdachlosen im Ueberschwemmungsgebiet ist außerordentlich groß.

Das Nationaltheater in Sofia abgebrannt.

Sofia, 12. Februar.

Im Nationaltheater fand eine Probeoperettellung der „Genoveva" statt. Die aus Regiegründen verwendeten offenen Kerzen und Lampen steckten unbemerkt den Vorhang und einige Kulissen in Brand. Das Feuer breitete sich so schnell aus, daß das Theater bald in Flammen stand. Das Innere des Theaters, hauptsächlich der Bühnenraum und ein mit Bühnenrequisiten angefülltes angrenzendes Gebäude, sind eingeäschert.

Durch den unverzüglich in Tätigkeit tretenden Rettungsdienst konnte eine größere Panik verhindert werden. Nach den bisherigen Feststellungen sind allerdings zwei Personen getötet und 15 verletzt worden.

Einsturz-Katastrophe in Altona. In einem Speicher in Altona gab der Boden des vierten Stockwerks infolge Ueberlastung nach und brach, ähnlich wie bei der Katastrophe im Moskenhaus, bis zum Erdgeschoß durch. Sämtliche Vorräte, meist Spirituosen- und Weinfässer, stürzten in die Tiefe. Von den im Gebäude befindlichen Arbeitern kam glücklicherweise niemand zu Schaden. Die schnell herbeigeeilte Feuerwehr und die Hafenpolizei halfen den Leuten beim Verlassen des Gebäudes.

Neun deutsche Seeleute ertrunken. In der Nacht zum Sonntag strandete auf einer Klippe, Fünf Seemeilen von Bergen, der deutsche Dampfer „Wasserhof" aus Kurzhaven. Die Mannschaft, 12 Mann und der norwegische Lotse, retteten sich auf ein Floß, das Schiff sank sofort. Mit dem Floß trieben sie sieben Stunden lang, bis Rettung kam, die nur noch drei Mann lebend antraf. Unter den Ertrunkenen befindet sich der Lotse.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz, für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kaparzel; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsdruckerei e. G. m. b. H. Halle/Saale, Harz 42/44.

Husten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen aus 50 Gramm echten Fagolst-Extrakt durch Aufkochen mit ½ Pfd. Zucker und ¼ l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Echter Fagolst-Extrakt ist sicher erhältlich: Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstraße. 2945

Spätinghof.

49 Roman von K. v. d. Eide

Die Geschichte im Wochenblatt erfreute sich immer ihres besonderen Interesses. Sie unterließ es nie, nach dem Lesen alles noch einmal zu besprechen.

„Wie ist das bloß möglich," sagte sie, „daß so ein feiner Lord und solch feine Lady, die Geld wie Heu haben, nicht glücklich miteinander sind und sich nicht verstehen und nicht auskennen? Ob das wohl alles wahr ist? Ich kann und kann's nicht glauben. Ich denk' mir, die Zeitungsschreiber lügen da immer noch etwas zu und schmücken es aus, denn in Wirklichkeit muß doch ein Mann seine Frau kennen."

„Das muß er wohl," stimmte Jan bei, und er dachte im stillen, wie wenig er eigentlich Tine gekannt hatte, viel weniger als der Lord die Lady in der Geschichte.

„Ob sie wohl wieder zu ihm zurückkommt?" meinte Jette Dau.

„Natürlich — ja, sie kommt sicher zurück."

Jan saß ein bißchen müde in halb liegender Stellung auf dem Ledersofa und rauchte. Während die bläulichen Wolken aus seiner Pfeife sich in der Luft verteilten, blickte er über Jette Daus gesenkten Kopf hinweg nach der Tür. Es war ihm, als müsse Tine dort eintreten, den dunklen Kopf von dem duftigen weißen Tuche umrahmt. Er sah nach der Tür, bis seine Augen schmerzten.

„Natürlich, ja, sie kommt sicher zurück."

Wo sie jetzt wohl war in Amerika? Wie es ihr wohl ging? Ob sie jetzt satt und behaglich in der Ecke eines Sofas saß? Ob sie allein war? Ob sie schon? . . .

Der Gedanke an Tine wurde ihm unerträglich. Er sprang auf und ging mit großen Schritten in der Stube auf und ab.

Jette Dau stopfte weiter an Ilyen Strümpfen und blickte abwechselnd auf ihren Herrn und auf ihre Handarbeit. Sie seufzte. Das Blatt war ausgelesen bis auf die Geburtsanzeigen und Fohlenverkäufe, und es gab erst in drei Tagen eine neue Zeitung.

Eines Nachmittags, als der Bauer sich nach dem Kaffee seine Pfeife stopfte, reckte Jette ihren Kopf etwas hastig zur Tür hinein.

„Bauer," rief sie, „da ist 'ne Frau draußen, die möcht' mit Ihnen reden; in die Stube will sie nicht rein."

Jan Thomsen stand das Herz still. „Tine!" dachte er. „Sie ist es, ich zu meiner Schwelle ist sie gekommen, weiter will sie nicht, von da muß ich sie holen." Er lief hinaus, gleich hinter Jette her. Er wollte sie holen, wollte ihr zeigen, daß sie ihm willkommen wäre; mit ausgebreiteten Armen wollte er auf sie zugehen.

Dort im Dunkel der Diele an der Haustür, stand eine dicht vermummte Frauengestalt. Als Jan aber aufgeregt, in fliegender Hast auf sie zukam, sah er, daß es nicht Tine war. Die Frauengestalt, die hier gebückt und in Tüchern gehüllt vor ihm stand, war alt und runzlich; es war Schane Sönksen.

Erst nach und nach besann sich Jan, wer sie war.

„Komm herein," sagte er nicht unfreundlich. Die Aufregung zitterte noch in ihm nach.

„Es geht nicht, meine Stiefel sind zu schmutzig," sagte Schane.

Da nahm Jan sie am Arm und schob sie mit sanfter Gewalt in die Stube. „So, nun setz dich! Jette bringt dir 'ne Tasse Kaffee und ein Stück Stuten."

Wie ein Häufchen Unglück saß die Alte auf ihrem Stuhle. „Ich komme ja nicht zu Gaste," sagte sie weinerlich, „ich wollte man bloß fragen wegen Tine, ob das wahr ist, daß sie nach Amerika ist."

„Ach so," dachte Jan, „also Neugierde ist es, was die Alte von Ramshed hierher getrieben hat."

„Bist du extra deswegen hergekommen?"

Sie nickte. „Ja, ich hatte keine Ruhe, als ich hörte, daß sie fort war. Wenn ich das gewußt hätte, als sie bei mir war . . ."

Jan wurde unruhig. „Als sie bei dir war? — Wann denn?"

„Dann hätte ich ihr die Karten nicht gelegt."

„Zu hast ihr die Karten gelegt? Sie war deswegen bei dir?"

„Ja, ach du liebe Zeit, ich konnte doch nichts dafür, daß sowas in den Karten stand. Ich habe keine Schuld," fuhr sie fort, wie ein Kind, das sich verteidigt, ehe es angeklagt wird. „Ich hatte ja keine blasse Ahnung. Ich dachte, sie lebte hier als Gott in Frankreich. Ein bißchen schnaufch kam es mir ja vor, daß sie so auf ebenschlicht zu mir kam und ich ihr absolut die Karten legen sollte. Ich sagte schon: „Du kannst es ja gar nicht besser kriegen, als du es hast". Und daß eine weite Reise in den Karten lag, das konnte ja zum Blüser sein, darum brauchte sie nicht nach Amerika zu gehen. Von Amerika hab' ich nichts gesagt, Amerika, wo es so viele schlechte Menschen gibt!"

Jan hatte stumm zugehört. Er sprach ein paar beruhigende Worte zu der aufgeregten Greisin. Seine Gedanken waren bei Tine. Immer wieder gewann er einen Einblick in das wunderliche Innenleben seines Weibes. O, wenn er das alles ein paar Wochen früher gewußt hätte!

Jette Dau kam mit dem erwärmten Kaffee und einem Stück Stuten. Angesichts der Stärkung beruhigte sich Schanes Gemüt. Sie trank ihren Kaffee und tauchte ihren Stuten hinein, bis er weich war. Die Rinden ließ sie ganz in der Tasse aufweichen und aß sie zuletzt in dem Teelöffel. Das Kauen war eine mühselige Arbeit für die Alte, denn sie hatte keine Zähne mehr.

Endlich war sie fertig und erhob sich. Sie hielt Jan ihre runzlige Hand hin. „Sag man zu Tine, wenn sie wiederkommt, die alte Schane hätte gesagt, so was dürfte sie nicht wieder machen, vom Davonlaufen liegt nichts in den Karten. Das sag ihr man."

„Ich werd's bestellen," sagte Jan. Bei sich dachte er: „Tine wird niemals wiederkommen." — — — — — — —

Anndortjen kam vorgefahren. Anndortjen im zweispännigen Wagen, mit einem nagelneuen Federhut. Sie war rosig und schmuck, man sah es ihr an, daß es ihr gut ging.

Jan stand sprachlos. Wenn die Mutter zu ihm gekommen wäre und ihn angeklagt, ihm geflucht hätte, das wäre ihm natürlicher erschienen, da hätte er stille gehalten. Aber daß Anndortjen ihr eigenes Kind beschimpfte und nur sich selbst und ihn bedauerte, das konnte er nicht leiden.

„Tine fühlte sich nicht glücklich," sagte er. „Du mußt nicht so hart urteilen. Sie war eigenartig und tief angelegt."

„Verrückt war sie, spleinig! Sonst wäre sie nicht davongelaufen, Gott weiß wohin. Und kein Sterbenswort hat sie mir dabei gesagt. So 'ne heimtückische Person. Aber daß du sie nicht wieder aufnimmst, wenn sie wiederkommt! Sie muß erst Moses kennenlernen."

„Mein Haus steht ihr offen, so lange ich lebe!" entgegnete Jan. „Und wenn sie jetzt draußen am Hecktor stände, dann lief ich und holte sie."

„Ihr seid alle miteinander nicht mehr bei Trost," sagte Anndortjen. „Wir soll sie nicht kommen, ich bin ihre Mutter nicht mehr."

„Nein, du bist ihre Mutter nicht mehr."

Anndortjen überhörte die Schärfe in Jans Worten. „Ich habe Gott sei Dank noch ein anderes Kind, wenn es auch noch klein ist, das will ich mir schon anders ziehen. Tine hatte viel von ihrem Vater, das war auch so einer."

Jan sah die Frau an; in seinen sanften, blauen Augen glühte heiliger Zorn.

„Nein, jetziger Mann ist von anderem Schlag, der hat wenigstens Geld."

„Ja, Geld," sagte Jan heftig und wußte nicht, was er hinzusetzen sollte.

Anndortjen knüpfte die beiden Bindebänder ihres Kapothutes zu einer Schleife. Sie trat vor den Spiegel und band eine hübsche, große Schleife. „Ahja, Jan," sagte sie. „Gottes Segen wartet draußen auf mich, ich muß nach Haus zu meiner Kleinen und den anderen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 13-11/fragment/page=0003

Welches Theater bringt den großen Renaissance-Prunk-Film:

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44 Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen: Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Ortsverein Halle a. S. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr im Parteibureau: wichtige Vorstandssitzung. Erscheinen unbedingt notwendig.

Ortsbezirk 2. Donnerstag, den 25. Jan. 1923 bei Wilsdorf (Karlstraße): Versammlung. Tagesordnung: „Was will die Jugendbewegung?" Ref.: Gen. Adolf Thiele.

Bezirksleitung. Die Sitzung der engeren Bezirksleitung findet nicht Dienstag, sondern Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Bezirkssekretariat statt.

Bildungsausschuß der VSPD. Mittwoch, abends 7½ Uhr: Sitzung im Parteibureau. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen dringend nötig.

SAJ. Mittwoch 7 Uhr, im Heim: Funktionärsitzung. Es ist Pflicht eines jeden Funktionärs zu erscheinen. — Donnerstag 7 Uhr treffen sich in der Hermannschule alle Genossen und Genossinnen die beim Jugendspiel oder bei den Volkstänzen mitwirken — Die Gruppen-Veranstaltungen fallen aus. Dafür treffen sich sämtliche Mitglieder um 7 Uhr im Heim, wo Genosse Hübler (Schkeuditz) einen Vortrag über die kulturellen Aufgaben der SAJ halten wird.

Bitterfeld. Donnerstag, den 15. Febr., abds. 7½ Uhr, im „Bürgergarten": Oeffentliche Volksversammlung. Genosse Landtagsabgeordneter Meier-Berlin spricht über „Der französische Gewaltakt und das deutsche Volk." Das Erscheinen zu dieser Versammlung ist Pflicht.

Delitzsch. Mittwoch, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im „Ring": Mitglieder-Versammlung. Vortrag: „Die politische Lage" Referent: Gen. Schwahn.

Liebenwerda. Freitag, den 16. Febr., abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone" Diskussions-Abend

Vereinsanzeiger

Halle.

Freier Sängerchor. Unsere Vorstandsbruder Johne findet nicht Mittwoch, sondern erst Donnerstag, abends 7½ Uhr, statt.

Die Naturfreunde. Heute Dienstag — Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof: Beerdigung des Genossen Löwe. Zahlreicher Besuch erwünscht. Singen!. Abends: Arbeitsausschuß im „Weidenplatz". — Donnerstag, den 15. Febr., abends 7 Uhr, in der „Aula des Reform-Gymnasiums" (Freiesstraße) Kammermusikabend.

Bau- und Möbeltischler. Mittwoch, den 14. Februar 1923, im „Volkspark": Versammlung. Bericht von den Beratungen und Lohnverhandlungen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund Ortsgruppe Halle (Saale). Musikgruppe: Mittwoch, den 14. Februar, abends 7 Uhr, bei Gen. M. Walther — Sonntag, den 18. Februar Wanderung nach Petersberg. Treffpunkt: Hau wohl vorm. ½7 Uhr. 2958

Vogel's Einkauf-Zentrale
Landwehrstr. 20 (1 Min. v. Bahnhof)
kauft zu reellen Tagespreisen 2931
Felle, Wolle, Säcke und Rohhaare.
Tausche Wolle gegen Strickwolle.

2743
Gold-
Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten
kauft
Emil Poenitzsch jun.
Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.)

Streng reell! Luxussteuerfrei!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte
sowie sämtliche Gegenstände in Edelmetall kauft
Hugo Lahl, Gr. Ulrichstrasse 51
Eingang C.-T.-Lichtspiele, Hof rechts.

Kaufe laufend
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte 2827
P. Günther
Graseweg 8 Telephon 6130

Gerberei
Ernst Adelberg
Merseburg, Fischerstraße 3
Sohl- und Oberleder-
Ausschnitt und sonstige Gegenstände.

Noch ist es nicht zu spät!
Wenn Sie in Ihren Sekretären, Schreibtischen, Truhen und Kasten nach alten **Gold-, Silber-, Platin-Gegenständen u. Bruch** nachsehen und uns zur kostenfreien Abschätzung bringen!
Wir kaufen **jeden Posten** und zahlen streng **reelle Preise!** 2937
Gr. Ulrichstr. 37 II 1. „Gold.Schiffch." **Schäfer & Co.** R.-Wagner-Str. 60 II (Ecke Reilstraße)

Schneider und Schneiderinnen
zur Anfertigung von Uniformen Litewken Hosen und Mänteln zu Tariflöhnen sofort gesucht.
G. Assmann
Abt. Uniformfabrik, Gr. Ulrichstraße 54.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft laufend
Metall-Kontor
A. Abramowitz, Schmerstr. 14, I. (Kein Laden).

Bruchkranke
können, nach bewährt. Method. ohne Operat. u. Berufsstör. geheilt werd. Sprechstund i. Halle, Hot. „Grün Baum", Franckestr., am Sonnabend, dem 17. Febr. von 3-7Uhr.
Dr. med. Hausmann, Spezialarzt für Bruchleiden.

Kleine Inserate
finden hier weiteste Verbreitung

Edelmetalle
in Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Brennstifte, Gebisse kauft laufend luxussteuerfrei
Spermann
Uhrmacher 2951
Gr. Steinstraße 47
Telephon 1297.

2804
Platin- Gold- Silber- Bruch
Brill. u. Zahngebisse
Otto Fuchtel,
Uhrmacher,
Gr. Märkerstr. 3, II 1.

Amtliche Bekanntmachungen

Kreis Querfurt

Gründung eines Kreisobst- und Gartenbauverbandes.

Die wirtschaftliche Notlage der Zeit zwingt auch Obstzüchter und Gartenbautreibende, eine der Zeit entsprechende wirksame Vertretung ihrer Interessen anzustreben. Die der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen angeschlossenen Obst- und Gartenbauvereine im Kreise Querfurt beabsichtigen daher, zur Förderung des Obst- und Gartenbaus im Kreise Querfurt zu einem Kreisverbande sich zusammenzuschließen. Die Gründungsversammlung findet **am Freitag, dem 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Zur Unstrutaue" in Carsdorf** statt, wozu alle am Obst- und Gartenbau Interessierten hiermit eingeladen werden. 2954

Querfurt, den 12. Februar 1923. **Der Landrat.**

Piesteritz

Zur Unterstützung der leidenden Schwester des Kinderheims der Gemeinde Piesteritz wird gegen Entgelt ein junges kinderliebes **Mädchen gesucht.** Persönliche Vorstellung während der Dienstzeit erwünscht. 2955

Piesteritz, 10. Februar 1923. **Der Gemeindevorsteher.**

Welches Theater bringt den großen Renaissance-Prunk-Film:

Kaufe für eigenen Bedarf Gold-, Silber-, Uhren aller Art zahle hohe Preise. Hermann Koch, Uhrmacher, 1 Pfännerhöhe 1.

Häute u. Felle
kauft zu besten Preisen
Gerberei Merseburg
Fischerstraße 3

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Wie kriege ich bestimmt Erdal?
Wie täusche ich mich nie?
Verlange Erdal mit dem Frosch
Das ist die Garantie!

Erdal
Marke Rotfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz 2974

Mansfelder Kreise

Neustadt-Theater
Heute Fortsetzung der beiden Kolossalfilme! **Die weisse Sklavin.** 2. Teil (Fortsetzung von „Zwei Welten"): **Schweigen der Großstadt.** 5 gewaltige Akte aufregender Handlung vom Anfang bis zum Ende. — Ferner: **Sterbende Völker.** 2. und letzter Teil. Brennendes Meer. 7 Akte. Wegen der enormen Länge des Programms Anfang Punkt ½8 Uhr. Frühes Kommen sichert guten Platz. Die Dir.: Aug. Varges.

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Lichtspiele
Dienstag bis Donnerstag:
Der große Spielplan:
Henny Porten, das Urbild deutscher Weiblichkeit und 20 weitere Künstler und Künstlerinnen in dem groß. Ausstattungsfilm in 6 Akten
„Sie und die Drei"
Magda Sonja in:
„In Wahn u. Wirren"
Der Roman einer unglücklichen Frau. Lebens- und Sittenbild in 5 Akten.
Auf vielseitigen Wunsch:
Charlie Chaplin in **Chaplin & Co., Bummel en gros**
Amerikanische Groteske. 732
Beginn punkt 8 Uhr

Das wichtigste Buch
für jeden Arbeitnehmer u. Betriebsrat ist immer noch das
Betriebsrätegesetz!
Der beste und ausgezeichneste Kommentar,
herausgegeben von **Dr. Georg Flatow**
kostet 2800 Mk.
Wir sind in Lage, denselben zum ermäßigten Preise von **1500 Mk.** abzugeben.
(Portofreie Zusendung zugesichert).
Volksblatt-Buchhandlung
nur Gr. Ulrichstr. 27

Stadt-Theater.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Die Zauberflöte
Donnerstag: 2826
Unter Lampe.

C.T.
Am Riebeckplatz.
Das herrlichste Filmwerk:
Das Attentat in der großen Oper.
Bühne: 2958
Traumtheater und Mikalbach mit Dir. Willi Schur.

C.T.
Gr. Ulrichstr. 51.
Die fabelhafte Sens.:
Zirkus Gray
3. u. 4. Episode mit dem Sensat.-Darsteller
Eddie Polo.

Künstler-Spiele
So. Bu. Dö.
Jägerg. 1, Ecke Gr. Ulrichstr.
Bes.: Albert Koch.
Jeden Abend ½8 Uhr:
Das große Programm!!

U.T
Leipziger Straße 68.
Lya Mara
in dem Drama
Die Münzen der Sybill.

W.T
Welbelin-Lichtspiel-Theater.
Macisto, der Rekordbrecher
Abenteuerfilm in 5 Akt.
Dame d. feine Gesellschaft
Sittenfilm.

U.T
Alte Promenade 11a.
Der Riesenerfolg!
Unter Wilden u. wilden Tieren
Unsere Brüder an der Ruhr
Aktueller Film.

Kauft nur bei den Volksblatt-Inserenten

Der Graf von Charolais

Amtliche Bekanntmachungen

Mansfelder Gebirgskreis

Belieferung der Zuckermarkenabschnitte im Februar.

Im Monat Februar gelangen zur Belieferung: die Februar-Zuckermarke A, die Februar-Zuckermarke B, Sonderzuteilung B (Einmachezucker). Jeder Markenabschnitt darf mit **jeinem Pfund** beliefert werden.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß der Abschnitt: **Sonderzuteilung B** zum Teil aus Unkenntnis bereits im Dezember beliefert worden ist. Eine Schädigung des Verbrauchers ist dadurch nicht eingetreten, da der Verbraucher also bereits im Dezember die B-Marke beliefert bekommen hat. Die Januar-Marken sind außer Kraft getreten. 795

Mansfeld, den 7. Februar 1923. **Der Landrat.**

Schornsteinkehrlohngebühren für den Mansfelder Gebirgskreis. 726

In Gemäßheit des § 77 der Reichs-Gewerbe-Ordnung setze ich für den Mansfelder Gebirgskreis folgende Gebührensätze für das Reinigen der Schornsteine fest:

1. Es sind zu zahlen einschließlich des Fortschaffens von Ruß bis auf den Hofraum, falls hierzu Gefäße bereitgestellt werden, für die einmalige Reinigung eines unbesteigbaren (russischen) Schornsteins für das erste Geschoß 67,50 Mk. und für jedes weitere Geschoß 18,50 Mk. mehr. Für die einmalige Reinigung eines besteigbaren (deutschen) Schornsteins sowie gewöhnlicher gewerblicher Schornsteine und solcher, welche Zentralheizungen dienen, sind für das erste Geschoß 135 Mk. und für jedes weitere Geschoß 27 Mk. zu entrichten.

2. Kamine oder Nebenschläuche sind dem Schornstein gleich zu erachten. Für die einmalige Reinigung derselben sind, sofern sie unbesteigbar sind, für die ersten 4 Meter 67,50 Mk. und für jede weiteren oder angefangenen 4 Meter 13,50 Mk. mehr zu zahlen. Sind diese Kamine oder Nebenschläuche besteigbar, so sind für das erste Geschoß 135 Mk. und für jedes weitere Geschoß 30 Mk. zu entrichten.

3. Für das Ausbrennen eines unbesteigbaren Schornsteins zwecks Entfernung des Glanz- oder Hartrußes sind 405 Mk. zu zahlen. Dauert das Ausbrennen eines Schornsteins länger als eine Stunde, so erhöht sich die Gebühr um 225 Mk. für jede weitere oder angefangene Stunde. Das zum Ausbrennen erforderliche Material hat der betreffende Hausbesitzer unentgeltlich zu liefern. Das Ausbrennen der Schornsteine darf nur nach Bedarf erfolgen.

4. Für die Reinigung einer Räucherkammer sind für jede hierbei beteiligte Person für die Arbeitsstunde 405 Mk. zu entrichten.

5. Für Arbeiten außer der ortsüblichen Arbeitszeit (von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags) und solche, die eine besondere Bestellung ausgeführt werden, sind die doppelten Gebührensätze zu entrichten.

6. Falls von der Reinigung der Schornsteine auf Verlangen des Hauseigentümers oder der Hausbewohner Abstand genommen werden muß, ohne daß eigentlich ein zwingender Grund dazu vorliegt, so ist, wenn die Reinigung am Tage vorher angemeldet oder in ortsüblicher Weise bekanntgemacht worden ist, der Schornsteinfeger berechtigt, eine besondere Gebühr von 225 Mk. in Anrechnung zu bringen.

7. Für Teilnahme an der Feuerstellenrevision sind für die Stunde 405 Mk. und für zurückgelegte Wegstrecken 67,50 Mk. für den Kilometer aus der Gemeinde- oder Amtskasse zu zahlen.

8. Für Nachprüfung der Schornsteine bei Abnahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr die Kehrlohngebühren in doppelter Höhe, mindestens jedoch 405 Mk. vom Bauherrn oder, wenn dieser nicht zahlungsfähig ist, von demjenigen zu zahlen, der den Auftrag erteilte.

9. Für die Berechnung der Gebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteins von seiner Sohle bis zum Kopfe nach Maßgabe der durchlaufenden Geschosse in Betracht zu ziehen.

10. Das Dachgeschoß wird als besonderes Geschoß gezählt, wenn die Höhe desselben 3 Meter bis zur Schornsteinmündung beträgt. Jede weiteren oder angefangenen drei Meter zählen als weiteres Geschoß. Der Keller wird als besonderes Geschoß mitberechnet für diejenigen Schornsteine, die bis dahin durchgeführt sind und dort gereinigt oder entleert werden müssen.

An die Stelle der bisher in Geltung gewesenen Lohnsätze tritt diese Kehrlohntaxe, und zwar vom 1. Februar 1923 an.

Mansfeld, den 1. Februar 1923. **Der Landrat.**

Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichs-Versicherungs-Ordnung hat das Oberversicherungsamt in Merseburg den Ortslohn für den Mansfelder Gebirgskreis wie folgt geändert:

Festsetzung für Personen über 21 Jahre: männliche 1200 Mark, weibliche 720 Mk. Von 16 bis 21 Jahren: männliche 900 Mk., weibliche 600 Mk. Von 14 bis 16 Jahren: männliche 600 Mk., weibliche 480 Mk.

Die Aenderungen treten am 1. April 1923 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Ortslohnes. (§ 151 Abs. 1 RVO.)

Mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird unsere frühere Anordnung über Festsetzung des Ortslohnes vom 18. November 1922 aufgehoben.

Mansfeld, den 2. Februar 1923. 727

Versicherungsamt des Mansfelder Gebirgskreises.
Der Vorsitzende: Becker.

Auf Grund des § 936a der Reichs-Versicherungs-Ordnung hat das Oberversicherungsamt in Merseburg den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter für den Mansfelder Gebirgskreis wie folgt anderweit festgesetzt:

Festsetzung für Personen über 21 Jahre: männliche 400 000 Mk., weibliche 225 000 Mk. Von 16 bis 21 Jahren: männliche 275 000 Mk., weibliche 180 000 Mk. Von 14 bis 16 Jahren: männliche 180 000 Mk., weibliche 160 000 Mk.

Die neuen Sätze treten mit dem 1. April 1923 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes. (§ 936a RVO.)

Mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird unsere frühere Anordnung über Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter vom 18. November 1922 aufgehoben.

Mansfeld, den 2. Februar 1923. 728

Versicherungsamt des Mansfelder Gebirgskreises.
Der Vorsitzende: Becker.

Alle Drucksachen f. Geschäft u. Privat liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei.

2959
Der Graf von Charolais

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 13-11/fragment/page=0004

Sabotageakte des hallischen Bürgertums.

Die Mehrheit der Stadtverordneten für Eigenbewirtschaftung des Gutes Seeben. • Verschleppungsmanöver der bürgerlichen Minderheit. • Die gesamte Linke verläßt geschlossen den Sitzungssaal. • Bürgerliche Angst vor der Besserung. • Ein Kubikmeter Wasser 175 Mark. • Straßenbahnfahrpreise bis zu 250 Mark.

Aus dem Stadtparlament.

Die Sitzung der Stadtverordneten von gestern war ein überaus traurliges Beispiel dafür, wie das Bürgertum Halles die gerade von ihm ausgegebene Parole der Sparsamkeit selbst zu beachten gedenkt. Nicht nur daß die Vertreter der Rechten bei der Besprechung der Straßenbahnnöte stets nur die Entlassung von Arbeitern forderten (als ob die beiden Direktoren ihre Anwesenheit im Betriebe der Straßenbahn nicht in Rechnung stellten!) und allenthalben Sparsamkeit am falschen Orte treiben — gestern gingen sie **von der Unterlassungssünde zur offenen Versündung über**, nur um sich parteipolitische Vorteile und den Ruhm zu erwerben, der Frau Amtmann Boecker die Weiterverpachtung des Gutes Seeben gesichert zu haben. Die Entscheidung über die Frage der Eigenbewirtschaftung oder Weiterverpachtung des Gutes Seeben, die seit Wochen in Zeitungsartikeln und allen möglichen Sitzungen der Deputationen, Ausschüsse und Fraktionen mit Heftigkeit und aus dem Bedürfnis nach endlicher Erledigung erörtert wurde, ist gestern nach vierstündiger, fast fruchtloser Verhandlung verschleppt worden, weil — der demokratische Stadtverordnete Volhard statt im Sitzungssaale im Harz weilte.

Voraussichtlich ist, daß der Vorsteher die Sitzung mit dem Bemerken eröffnete, die **Herstellung einer einzigen Vorlage für die Stadtverordneten koste jetzt 1600 Mk.**; es werde deshalb ersucht, die Vorlage auch bei Vertagung einzelner Punkte solange aufzuheben, bis sie endgültig erledigt sind, damit durch Neuherstellung des Beratungsmaterials nicht abermals Kosten erwachsen. Die Zusammensetzung der Versammlung war nun so, daß in der Frage der Eigenbewirtschaftung des Gutes Seeben der Sieg der Vernunft unvermeidlich gewesen wäre. Noch einmal zogen die Vertreter des Magistrats alle Register, um vielleicht doch noch den einen oder den anderen Stadtverordneten der Linken ihren Scheingründen zugänglich zu machen; noch einmal ließen die Männer der Rechten alle Minen springen, um Verwirrung zu stiften oder hinzuholten, bis ihre Reihen (ursprünglich fehlten gar die Herren Hoß, Heine und Volhard) so wohlgefüllt waren, wie die der Linken. Herr Hoß kam — die anderen aber, von denen sie wenigstens noch einen brauchten, nicht. Dann balkten sie in der letzten Verzweiflung schmachsinnige Oekonomie zu Schreckschüssen, wie schon zweimal im Verlauf der Verhandlung. Zum dritten Male wurde das Gespenst der Besserung durch die Versammlung geschickt, um der Linken bange zu machen. Wovor? Die Herren Balke, Steinbrück und Splett sagten uns gestern, was wir fürchten müssen. Nicht die Teuerung, die riesengroß anwächst und über unseren Häuptern zusammenschlägt, daß wir's nur noch von Fahlen rauschen hören. Nein! Wenn die Ruhrbesetzung aufgehoben und der Dollar gefallen ist, dann werden wir auch sicher die Straßenbahntarife ermäßigen müssen, sagte Herr Balke mit warnend erhobenem Finger. Und die Herren Splett und Steinbrück meinten, daß die Stadt beileibe nicht die Vorteile der von ökonomischen Kindern prophezeiten Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wahrnehmen, sondern einem privatkapitalistischen Pächter überlassen müßte. Vor allem aber, so führte Herr Steinbrück aus, dürfe man das zweimal höhere Angebot der Firma Nagel nicht annehmen, weil sie bei einer rückläufigen Bewegung (!) doch die hohe Pacht weiterzuzahlen sich weigern und eine Ermäßigung beantragen werde. Damit wollte der Redner die Begründung dafür liefern, daß das Gut Seeben unbedingt dem schlechteren Bieter, der Witwe Boecker, abermals überlassen werden müsse. Also auch hier wieder die Forderung: aus Angst vor einer günstigeren Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse so schlecht wirtschaften wie nur irgend möglich, damit die Gefahr eines Vorteils, den die Besserung mit sich bringen würde, von vornhinein ausgeschaltet ist.

Zur großen Ueberraschung für die Herren von rechts ließen sich unsere Genossen und politischen Freunde von links von einer derartigen ökonomischen Pfschopathie nicht anstecken, sondern blieben fest in der Ueberzeugung, daß die Prinzipienfrage nicht anders als im Interesse der Stadt entschieden werden dürfe, zumal die Stadt schon im Oberamtmann Görg einen Pächter hat, der **für ein 1200 Morgen großes Gut 44 000 Mk. Pacht**, das heißt den Betrag von ⅔ Zentner Weizen zahlt. Als alle windigen Gründe der Gegner der Eigenbewirtschaftung so abgeführt worden waren, wie das im „Volksblatt", zuletzt gestern, hinreichend geschehen ist (so daß sich eine Wiederholung unserer Gründe erübrigt), blieb der Rechten kein anderes Mittel als das der Verschleppung.

Herrn Herzfeld gelang es im letzten Augenblick noch, etwas Kaolin auf dem Seebener Grund und Boden zu entdecken. Zwar eilte er damit etwas hinter den Tatsachen her — die Vorlage spricht nämlich schon von der Kraßellanerde — außerdem wäre gerade die Ausbeutungsmöglichkeit des Porzellanerdevorkommens schon allein ein hinreichender Grund, das Land in Eigenbewirtschaftung zu nehmen: aber Herr Herzfeld, manchmal Jurist und meistens Kapital-Demokrat, formte aus seiner Entdeckung des Kaolins wunderschöne „Bedenken". Zur Begründung einer Vertagung der Angelegenheit reichten sie zwar nicht aus, sagte er selbst, aber eine zweite Lesung wünschte er doch. Wegen der Bedenken, heißt das. Und die Bedenken teilten sich denen mit, die wissen, wann sie verpflichtet sind, bedenklich zu sein. Die zweite Lesung einer Vorlage ist dann beschlossen, wenn ein Drittel der Versammlung dafür ist. Das Drittel fand sich. Die Linke beantragte, die zweite Lesung sofort stattfinden zu lassen. Der Vorsteher weigerte sich. Angeblich, weil er zu einer neuen Sitzung alle Stadtverordneten schriftlich einladen müsse. Wir sind der Meinung, daß für eine Sitzung, die um 8 Uhr beginnt, niemand anders erwartet werden kann als für 4 Uhr, und daß, wer um 4 Uhr nicht da ist, auch für 8 Uhr gar nicht erst eingeladen zu werden braucht (zum Beispiel der Harzreisende Volhard). Der Vorsteher weigerte sich auch, die neue Sitzung heute, Dienstag, stattfinden zu lassen. Er kann sich das leisten.* Denn auf der Linken sitzen einige Stadtverordnete, die wollen, daß die Rechte den Vorsteher stellt und damit außerdem bei Abstimmungen den Ausschlag gibt.

Der Vorsteher sprach viel vom Schutz der Minderheiten, den er betreibe. In Wirklichkeit war das Werk der Rechten eine offene Sabotage der Parlamentsarbeit in bisher noch nicht dagewesenen Formen. Die Linke ging darum geschlossen aus dem Saal. Sie ließ die Rechte mit dem traurigen Ruhm allein, **trotz der Mahnung des Vorstehers große Summen nutzlos verpulvert zu haben**, nur um dem Pächter das Gut zuzuschanzen, der das ungünstigste Angebot gemacht hat. Glücklicherweise brauchte der Ausdruck „Vetterwirtschaft" nicht erst von Herrn Herzfeld erfunden zu werden.

Aber eins hat die Vertretung der sozialistischen Parteien gestern gewonnen: die Erkenntnis, daß den Leuten von rechts kein Mittel verächtlich genug ist, als daß sie es nicht zur Verfolgung selbstischer Ziele verwendeten. Hoffentlich sieht die Linke auch dann, wenn es gilt, dem Beispiel der Rechten in der Handhabung der Geschäftsordnung „zum Schutze der Minderheiten" zu folgen, so geschlossen da, wie gestern.

Der Sitzungsbericht

muß knapper ausfallen als das Stimmungsbild, da die vier Stunden, während deren man im Sitzungssaale saß, mehr Stimmung als Arbeit lieferten.

Bei der Beratung über die Aenderung der **Gebührenordnung für den Schlacht- und Viehhof** erklärte Genosse Dürrfeldt, daß die ungenügende Abschwächung des Punktes 7, der dem Magistrat Vollmachten zur selbständigen Erhöhung der Gebühren erteilt, unsere Fraktion zwinge, gegen die Vorlage zu stimmen. Die Abstimmung ergab Annahme der neuen Gebührenordnung unter Beseitigung des von unseren Genossen gerügten Punktes 7. — Auch die **Gebührenordnung für die Freibank** gelangte zur Annahme.

Der **Nachtrag zur Kanalbenutzungsgebührenordnung** wurde etwas ausführlicher besprochen. Die Kanalbenutzungsgebühr ist bisher nach Maßgabe des Nutzungs- (Miet-) Wertes der Räume umgelegt worden. Das Reichsmietengesetz hat eine derartige Berechnung der Verhältnisse mit sich gebracht, daß die Einführung eines anderen, die erforderliche Gleichmäßigkeit der Veranlagung verbürgenden Maßstabs notwendig wird. Das Reichsmietengesetz findet auf die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Gebäude und Gebäudeteile überhaupt keine Anwendung, es läßt aber auch für ältere Gebäude die Wahl zwischen der gesetzlichen und der vereinbarten Miete zu. Aus diesen Verschiedenheiten ergibt sich, daß die tatsächlich gezahlte Miete eine brauchbare Veranlagungsgrundlage nicht mehr abgibt. An deren Stelle soll — gleichzeitig der heutigen Geldentwertung Rechnung tragend — das Zwanzigfache der Grundmiete treten. Außerdem sollen kleine Wohnungen nicht mehr freigelassen werden. Derartige Räume waren wohl früher ausnahmslos von leistungsschwachen Personen bewohnt. Auch hierin haben die Verhältnisse Wandel geschaffen insofern, als voll erwerbsfähige Personen mit ausreichendem Einkommen in zahlreichen Fällen durch die Wohnungsnot gezwungen werden, mit derartigen kleinen Wohnungen vorliebzunehmen.

Die Aussprache ergab, daß Mißverständnisse über die Wirkung einer Aenderung der Berechnungsgrundlage bestanden. Nicht der Betrag der Kanalbenutzungsgebühren, sondern nur die Berechnungsart wird geändert. Das Zwanzigfache der Grundmiete ist nicht etwa zu zahlen, sondern von ihm wird lediglich der Prozentsatz genommen, der als Kanalbenutzungsgebühr festgelegt worden ist.

Genosse Wilke knüpfte an die Erklärung des Magistratsvertreters an, daß für das laufende Etatsjahr nur die alten Zuschläge in Frage kämen. Augenblicklich trete zwar keine Erhöhung der Abgaben für die Kanalbenutzung ein; die Aenderung der Berechnungsart sei aber wohl doch kaum etwas anderes als der Versuch, die künftige Steigerung der Kanalbenutzungsgebühren schmackhafter zu machen. Genosse Wilke wies bei der Gelegenheit auf die übrigen alten und neuen Belastungen der Mieter hin.

Die Vorlage wurde angenommen.

Der **Wasserpreis** wurde von 70 Mk. auf **175 Mk.** erhöht.

Die Linken war von verschiedenen Seiten zum Vorwurf gemacht worden, sie habe die neue

Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn

verschuldet, weil sie gegen Betriebseinschränkung und Personalentlassung gewesen sei. Der Dezernent der Straßenbahn, Stadtrat Balle, mußte jedoch zugeben, daß die neue Erhöhung auch dann notwendig gewesen wäre, wenn man die Einschränkungen vorgenommen hätte. Dennoch wiederholte die Rechte ihren Vorwurf. Stadtv. Steinbrück wollte wieder Arbeiter herausgeworfen haben, angeblich, weil sie jetzt noch anderswo unterzubringen seien.

Genosse Radegast mußte ihm jedoch sagen, daß nicht einmal der Bergbau mehr für Arbeitskräfte aufnahmefähig sei.

Genosse Albert Müller knüpfte an das Frage des Stadtv. Brömme (Kom.), ob denn auch einer der beiden Direktoren entlassen werde, an und forderte, daß vor irgendwelchen Einschränkungsmaßnahmen erst nachgeforscht werde, wo die Ursache der Belastung eigentlich liegt: unten oder oben.

Die Vorlage wurde unter Ablehnung des Antrages Steinbrück angenommen. Danach betragen die Fahrpreise von heute an für 2 Teilstrecken 150 Mk., für mehr als 2 Teilstrecken 180 Mk., und **vom Dienstag, dem 20. Februar, an 200 und 250 Mk.**

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß das Recht zur **Bewilligung von Baukostenzuschüssen** für Um- und Ausbauten bis zum Betrage von 100 000 Mk. dem Dezernenten, bis zum Betrage von 500 000 Mk. der Unterkommission für Baukostenzuschüsse und dem Magistrat und bei einem Betrage von mehr als 500 000 Mk. den städtischen Körperschaften zusteht. In allen Fällen, in denen durch die steigende Geldentwertung Nachbewilligungen erforderlich sind, hat der Dezernent das Nachbewilligungsrecht. Jedoch sind die erfolgten Nachbewilligungen der Unterkommission für Baukostenzuschüsse zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Kleinwohnungsbau-Halle-A.-G. wurden aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe 2 536 800 Mk. bewilligt.

Zu der Beratung über die

Weiterverpachtung des Gutes Seeben

ist nach dem im Stimmungsbild Gesagten nichts anderes mehr nachzutragen, als daß die Abstimmung in der ersten Lesung **Annahme der Vorlage** mit 32 gegen 31 Stimmen ergab, ein Resultat, das als Ausdruck der Forderung nach Eigenbewirtschaftung hohe bedeutungsvoll ist, aber formell keinen Wert hat, da die Entscheidung gerade bis zur zweiten Lesung hinausgeschleppt werden sollte.

Als die Linke geschlossen den Saal verließ, war es 8 Uhr, und auch die Presse stellte ihre Tätigkeit ein. Zur Beratung standen fast nur noch Rechnungsentlastungen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Februar 1923.

Parteinachrichten.

Bezirksversammlungen des Ortsvereins Halle.

Am Donnerstag, den 15. Februar, abends 7½ Uhr, finden wieder Bezirksversammlungen in folgenden Lokalen statt:

1. Ortsbezirk. Stadtteil nördlich Mühlweg, Trotha und Kröllwitz: „Volkspark" (Zimmer 8). Vortrag: Die letzten Vorgänge im Stadtparlament. Referent: Stadtv. Genosse Gerig.

2. Ortsbezirk. Stadtteil nördlich der Ludwig-Wucherer-Straße: Wilsdorfs Gesellschaftshaus (Karlstraße 14). Vortrag: Was will die Jugendwehr? Referent: Genosse Adolf Thiele.

3. Ortsbezirk. Stadtteil Mühlweg bis Alte Promenade: Gewerkschaftshaus (Harz 42/44, Zimmer 1a). Vortrag. Referent: Genosse Franz Peters.

4. und 6. Ortsbezirk. Stadtteil Gr. Steinstraße bis Lindenstraße: Wätzolds Restaurant (Charlottenstraße 19). Vortrag und Organisationsangelegenheiten.

5. Ortsbezirk. Innere Stadt westlich Gr. Ulrichstraße: Restaurant „Drei Könige" (Kl. Klausstraße 7). Vortrag. Referent: Genosse Heinz Flicht.

7. Ortsbezirk. Stadtteil Südviertel westlich Beesener Straße: Restaurant Th. Leuchte (Wörmlitzer Straße 98). Organisationsfragen.

8. Ortsbezirk. Stadtteil Südviertel östlich Beesener Straße: Restaurant „Bernhardshalle" (Bernhardstraße). Vortrag: Die politische Lage der Gegenwart. Referent: Genosse Alfred Deininger.

Die Funktionäre treffen sich in allen Versammlungen eine halbe Stunde früher. In allen Versammlungen können Beiträge entrichtet werden.

Bringt Eure Frauen mit. **Der Vorstand.**

* **Von der Pestalozzi- an die Schulpolizei.** Die „Saale-Zeitung" weiß zu melden, daß Polizeipräsident Runge dem Minister des Innern vorgeschlagen hat, die hauptamtliche Leitung der Beamtenschule der Schutzpolizei Halle dem Rektor Breitbarth zu übertragen. Bisher wurde die Beamtenschule nebenamtlich von dem altbekannten Schulreaktionär, Stadtschulrat a. D. Brendel, geleitet. Daß Herr Breitbarth, der seit 1908 die als mustergültig anerkannte Hilfsschule (Pestalozzischule) geleitet hat, aus den Diensten der Stadt Halle in den Staatsdienst flüchtet, wird dem Eingeweihten nicht verwunderlich erscheinen, demjenigen, der da weiß, wie man diesen hervorragenden Schulmann behandelt hat, nur weil er sich das Recht der eigenen Meinung nicht beschneiden lassen wollte. Bei der Wahl des Stadtschulinspektors hat man Herrn Breitbarth angeblich nur deshalb ausgeschaltet, weil für ihn kein Ersatz an der Hilfsschule vorhanden sei! Es scheint auch heute in Halle noch so zu sein wie ehedem, daß die Fähigsten aus den Diensten der Stadt fortgegrault werden.

* **Betriebsratsherrschaft bei der AOK.** Sehr sonderbare Zustände scheinen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu herrschen. Wir haben uns mit ihr, wenn auch wegen anderer Fragen, wiederholt und nicht immer zu ihren Gunsten beschäftigen müssen. Wie man uns heute mitteilt, scheint der sonst so „rrrradikale" kommunistische Betriebsrat von seinen Pflichten eine so merkwürdige Auffassung zu haben, daß sie der hallischen Arbeiterschaft nicht vorenthalten werden darf. U. a. sind dort eine Anzahl Frauen mit Reinigungsarbeiten beschäftigt. „Irgendiemand" scheint nun eines Tages eine Bekannte unterbringen zu wollen. Das ist bei der Krankenkasse an sich nichts Neues. Da die Zahl der Aufwartefrauen ohne Zweifel voll ist, sucht man sich einfach zwei der armen Frauen aus und entläßt sie unter den nichtigsten Gründen, nicht ohne daß gerade Betriebsratsmitglieder mit frömmstem Augenaufschlage das auswendig gelernte Verslein vom „Schutze der wirtschaftlich Schwächsten" herunterleiert hätten. Als nun die zuständige Gewerkschaft eingriff, wurde unter Anerkennung der Gründe die Wiedereinstellung vereinbart. Daraus wurde jedoch nichts, denn die Nebenregierung hatte bereits nach eigenem Gutdünken jemanden eingestellt, und zwar diesmal eine Glaubensgenossin eines Betriebsratsmitgliedes, das sich als Adventist bekennt. Wir glauben gern, daß mit dem Singen erbaulicher Weisen ein hoher Genuß für den Betriebsrat verknüpft sein kann; die übrigen Arbeitnehmer können daran jedoch kein oder nur künstlerisches Interesse haben. Man könnte über den Fall lächeln, wenn er nicht eine furchtbar ernste Seite hätte. Denn man darf im Zusammenhang hiermit tatsächlich fragen: Nach welchen Grundsätzen arbeitet die Betriebsvertretung? Nicht: die „geschlossene Stoßtraft" des KPD.-Betriebsrats zu nichts anderem mehr aus? Billigt der gesamte Betriebsrat dies Verhalten? Soll nach diesem erbaulichen Muster auch weiterhin gearbeitet werden? Wir bitten um eine ebenso freundliche nicht ausweichende Antwort.

* **Rückgang des Goldankaufspreises.** Wohl zum erstenmal, seitdem die Reichsbank und Post Goldmünzen gegen Papiermark aufkaufen, um damit den Goldbestand der Reichsbank zu bessern, ist eine Herabsetzung des Ankaufspreises erfolgt. Während in der vergangenen Woche für ein Zwanzigmarkstück der hohe Betrag von 150 000 Mk. Papiermark angeboten wurde, werden in der laufenden Woche 10 000 Mk. weniger gezahlt. Entsprechend ist auch der Preis der Silbermünzen. Naive Leute glauben, daß dann der so fehnlichst erhoffte Preisrückgang beginne, ohne zu bedenken, daß es sich nur um ein Manöver handelt, mit dessen Hilfe der Markkurs vorübergehend und auch nur unwesentlich gebessert werden kann.

* **Eisenbahners Tod.** Der Mittags-Lokalzug Halle—Corbetha überfuhr in der Nähe des Rosengartens einen 4jährigen Streckenarbeiter aus Halle. Als die Rotte beim Heranahen eines Güterzugs aus der Richtung von Merseburg zur Seite trat, rief der Vorarbeiter den Leuten noch zu, daß auch der Personenzug aus Richtung Halle bald eintreffen würde. Trotzdem beirrt der betreffende Arbeiter das andere Gleis und wurde in demselben Augenblick von dem Zuge erfaßt und sofort getötet.

Saalkreis.

Könnern. Kommunistische Worthelden. Am Sonnabend sprach Landrat Genosse Guske (Merseburg) vor einer starkbesuchten öffentlichen Wählerversammlung über: „Praktische Politik in der Gemeinde." In seinen zweifsündigen vortrefflichen Ausführungen ging er besonders auf Steuern, Armenpflege, Schuleinrichtungen usw. ein. Am Schluß gab er einen Abriß des Entwurfs zur neuen Städteordnung. Als erster Diskussionsredner sprach der junge Kommunist Bethge, der allerhand konfuses Zeug in die Versammlung warf. Sodann bekam unser Genosse Werner das Wort. Er beschäftigte sich lediglich mit den Fehlern, die in der Vorkriegszeit und Kriegszeit von den bürgerlichen Herren gemacht worden sind. Am Schluß besprach er dann, wie ein Zusammenarbeiten mit Kommunisten möglich wäre und wie es von deren Zentrale aus gefordert wird. Nun aber kam der in der letzten Versammlung zu kurz gekommene Kommunist Peter zu Wort. Er wollte, wie sein Freund Schippa, ebenfalls als Dauerredner auftreten, was aber diesmal an der Energie unserer Genossen scheiterte. Seine Ausführungen bestanden wie üblich aus Verdrehung der Tatsachen. Zum Schluß stellte er die Forderung auf: „Wir verlangen dies und jenes, wo das Geld herkommt, soll uns gleich sein." Echt kommunistisch! Genosse Neubert ging dann auf das Verhalten der Kommunisten in der letzten Versammlung ein. Sodann ging er auf die beiden bürgerlichen Listen ein und betonte dabei, daß es sich bei beiden Listen lediglich um die Verfolgung besonderer Interessen handele. Er forderte sämtliche Anwesenden auf, die Liste der VSPD. zu wählen, wenn eine gesunde Politik im Rathaus einziehen solle. Dem Genossen Guske war es im Schlußwort ein Leichtes, mit Peter und Bethge abzurechnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230213-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Wohlfahrtsminister im mitteldeutschen Industriegebiet.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Hirtsiefer, besuchte am 8. Februar den in seinem Auftrage stattfindenden 14tägigen Lehrgang zur Förderung der Jugendpflege und Jugendbewegung in Merseburg. Der Minister wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der Jugendbewegung und die Aufgaben neuzeitlicher Jugendpflege hin. Es folgten dann Vorträge des Oberlehrers Hemprich über Jugendpsychologie und des Mittelschullehrers Thielsen über die künstlerische Erziehung der Jugend. Daran anschließend wurden das Jugendheim und die Lehrwerkstätten besichtigt. Am Nachmittag besuchte der Minister das Leunawerk und das Geiseltal zwecks Besichtigung der neuen Bergarbeitersiedlungen. Mit den Vertretern der Regierung fanden eingehende Besprechungen über die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für das mitteldeutsche Industriegebiet statt.

Ein Idyll.

Wer sich in das Deutschland von 1848 zurückversetzt fühlen will, der studiere einmal den „Stolberger Anzeiger", das amtliche Blatt für die Grafschaften Stolberg und Hohnstein, vom 3. Januar. Das Blatt wird gedruckt von der Hofbuchdruckerei Buresch (anscheinend die Druckerei des „Hofs" des Fürsten Stolberg). An der Spitze des Blattes ist ein Erlaß des Geheimen Regierungsrates Bode zu lesen, der der ehrfurchtsvoll erschauernden Bevölkerung von Stolberg und Umgebung Kunde gibt von einem „hochherzigen Anerbieten Seiner Durchlaucht des Fürsten". Allerdings ist dies Anerbieten nur „vorbehaltlich vormundschaftlicher Genehmigung" gemacht. Denn — die hochherzige Durchlaucht ist noch ein Schulkinde!

Weißenfels. Militärrenten. Zu der am 26. Februar stattfindenden Zahlung der Militärrenten sind Jahresbescheinigungen erforderlich (i. R. der Quittung). Diejenigen Zahlungsempfänger, welche die Bezüge im Ueberweisungsverfahren erhalten, haben die Bescheinigung bis zum 25. Februar bei der Rentenstelle des Postamts abzuliefern. Ohne Bescheinigungen werden keine Zahlungen geleistet. Formulare können in der Rentenstelle abgefordert werden.

Bitterfeld. Ueber die neue Städte- und Landgemeindeordnung sprach in der Mitgliederversammlung am Mittwoch Gen. Peters (Halle). Ausführlich behandelte er die wichtigsten Punkte. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern betont, daß der Entwurf durchaus keine wesentlichen Verbesserungen aufweist und in manchen Beziehungen gegenüber den bestehenden Notverordnungen als rückschrittlich bezeichnet werden müsse. Von unseren Genossen im Landtag wird erwartet, daß sie alles versuchen, den Entwurf entsprechend unseren Forderungen umzugestalten. Unter Verschiedenes beschäftigte sich die Versammlung noch mit einigen örtlichen Angelegenheiten.

Torgau. Unzuträglichkeiten beim Finanzamt Torgau. Daß Steuerzahlen nicht gerade zu den beliebtesten Dingen gehört, ist ja allbekannt. Auch dem Finanzamt Torgau dürfte diese Tatsache nicht völlig fremd sein. Es wäre demnach zu erwarten, daß von dieser Behörde alles getan wird, um die Steuerzahlung etwas beliebter zu machen. Doch weit gefehlt. Will ein braver Staatsbürger seine Steuern entrichten, dann ist gewöhnlich die Finanzkasse geschlossen oder nimmt keine Zahlungen an. Als Trost wird dann erklärt, daß die Stadtsparkasse und die Gewerbe- und Privatbank ebenfalls als Zahlungsstellen in Betracht kommen. Bei der Arbeitsüberlastung des Personals dieser Institute ist es uns durchaus verständlich, wenn dort die Annahme von Steuern abgelehnt wird. Wohl oder übel muß der willige Zahler seinen unquittierten Steuerzettel wieder mit nach Hause nehmen und geduldig Mahnzettel auf Mahnzettel in seine Wohnung regnen lassen; hauptsächlich, wenn er aus dem Kreise stammt. Es bietet sich keine Möglichkeit für ihn, seine Steuern loszuwerden. Hohe Zeit dürfte es sein, daß sich das Finanzamt einmal ernsthaft mit diesem Nebelstand beschäftigt und für Abhilfe sorgt.

Liebenwerda. Worte und Taten. Der Kreisvorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Kreisschulrat Nothing, der sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten nicht genug tun kann, über die Not der „deutschen Brüder und Schwestern im Rheinland und im Ruhrgebiet" ergreifende Vorträge, die starke Ansprüche an die alldeutschen Tränendrüsen stellen, zu halten und zur Sammlung für „die Brüder in Not" aufzufordern, hat selbst ein hervorragendes Beispiel der Opferwilligkeit gegeben. Er hat für die Ruhrbrände ganze 500 Mk. (in Worten fünfhundert Mark) gegeben. Wir registrieren diese große Spende eines Beamten mit einem Kind, der nach Gruppe XI besoldet wird und reiche Nebeneinnahmen hat. Das Urteil über diese Tat des prominenten deutschnationalen Parteimannes über den Unterschied zwischen Reden und Taten überlassen wir unseren Lesern, denen wir empfehlen, diese glänzende Opferfreudigkeit als brauchbares Beispiel bei passender Gelegenheit zu bewerten. Daß auch der „Kgl." Kreisarzt sowie der deutschnationale Katasterinspektor und der staatliche Rentmeister, alle drei vermögende Personen, nicht viel mehr gezeichnet haben als Herr Nothing, zeigt, wie groß bei den Deutschnationalen der „nationale" Sinn ist, wenn es sich ums Zahlen und nicht nur um Phrasenmacherei handelt.

— Strompreise. Zu dem Artikel in der Sonnabendnummer des „Volksblatt" aus Falkenberg über die Preisbildung beim Ueberlandwerk schreibt uns Genosse Landrat Vogl: Auf Grund der gebrachten Nachrichten über die außerordentlich hohe Spanne zwischen Bezugs- und Verkaufspreis des elektrischen Stromes durch das Ueberlandwerk Falkenberg habe ich als Mitglied des Aufsichtsrats dieser Genossenschaft den Aufsichtsratsvorsitzenden gebeten, ehestens eine Versammlung der Genossen anzuberaumen, damit die Angelegenheit geklärt werden kann. Dies diene auch als Antwort auf die zahlreichen Anfragen, die ich in dieser Angelegenheit erhalten habe.

— Polizeistunde. Seit der Eis-Uhr-Polizeistunde sind dank der straffen Handhabung der Ortspolizeibehörde durch unseren tüchtigen Polizeiverwalter, dem reichlich bekannten Nichtsozialisten Dr. Gauting, die hiesigen Wirtschaften noch nie so lange offen gehalten worden. Bis in die Morgenstunde wird getrunken und zum Teil auch gespielt. Wo bleibt die Aufsichtsbehörde? Was sagt die Merseburger Regierung zu dieser mangelhaften Handhabung, um nicht zu sagen Mißachtung der Polizeiverfügung des Oberpräsidenten?

Grünewalde. Aus dem Parteileben. Zwei gutbesuchte Parteiveranstaltungen fanden kürzlich statt. Hatte die eine der Versammlungen die Aufgabe, den Genossinnen durch einen weiteren Vortrag die sozialistische Gedankenwelt näherzubringen, so nahm die Parteiversammlung zunächst die Berichterstattung über die Parteibewegung im Ort, nach Zusammenschluß der beiden sozialistischen Organisationen, entgegen. Der Mitgliederstand ist befriedigend. An der Vollendung des zweiten Hundert Parteigenossen fehlen nur noch einige Mitglieder. Der Abonnentenstand der Parteizeitung ist gut. Es darf aber nicht vorkommen, daß Genossen die Zeitung wegen eingetretener Bezugspreiserhöhung, die nun einmal in unserer heutigen Zeit begründet liegt, abbestellen. Der frühere langjährige Expedient des alten „Volksblatt", Genosse Ilschner, wird nunmehr die Zeitungsangelegenheiten wieder in seine Hände nehmen und förderlich für die Zeitung wirken. Ein Vortrag über das Reichsmietengesetz wurde entgegengenommen, und nach ausführlicher Debatte über innere Parteiangelegenheiten folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Verfolg der ganzen politischen Situation, welche auch den Zusammenschluß der bisher getrennt marschierenden sozialistischen Parteien erforderte, ist zur Festigung des Kampfes der Arbeiterklasse und Durchsetzung gegen die auftretende Reaktion und nationalistische Bewegung Erfordernis, daß alle Parteigenossen auf strikte Befolgung der Parteidisziplin verpflichtet werden. Hierzu gehört, daß gegnerische Organisationen und Vereine auf keinen Fall, wie es auch sei, unterstützt werden. Von allen in Vertrauensstellung der Partei befindlichen Genossen muß gefordert werden, daß diese Genossen den Erfordernissen eines Parteigenossen voll und ganz entsprechen. Hierzu gehört die Zugehörigkeit zur zuständigen wirtschaftlichen Organisation, Genossenschaft und Abonnieren der Parteizeitung. In Anbetracht der kommenden Gemeindewahlen ist dies um so mehr notwendig. Ein gemeinsames Zusammenarbeiten in den Gemeindeparlamenten und den zugehörigen Kommissionen, sowie in den Schuldeputationen wird vorausgesetzt. Die Genossen in den Parteifunktionen haben den übertragenen Aufgaben Rechnung zu tragen."

— Rüpeleien. Junge Leute haben, anscheinend nach Schluß einer in den letzten Tagen stattgefundenen Vorstellung eines auswärtigen Vereins, an der Straße nach Mückenberg den am Kreuzungspunkt stehenden, erst neu errichteten Wegweiser umgeworfen, zerschlagen und die Teile auf die Schienen der vorbeifahrenden Koblenbahn geworfen. Die weiter abwärts an der Straße nach Bodbitz stehende Steinbank ist aus ihren Fundamenten gehoben und die massigen Stücke auer über die Straße gelegt worden. Die am Ortseingang am Eichenwäldchen durch die unterhaltungspflichtige, im vergangenen Jahr erbaute Barriere aus eisernen Rohren ist teilweise demoliert und mit den gebogenen Handleisten denen gefährdrohend nach der Straße zugekehrt worden. Rubenständen ist nichts heilig und auch nichts fest genug. Bedauerlich ist, daß von diesem Vandalismus meistens im Interesse der Allgemeinheit errichtete Anlagen erfaßt werden.

— Wichtig für Ziegenhalter. Die Ziegenzucht- und Ziegenbockhaltungsgenossenschaft ersucht uns darauf zu verweisen, daß die Gründung der Genossenschaft nunmehr erfolgt ist. Vorsitzender ist der Genosse Hermann Schmidt (Kolonie Glück auf.) Im volkswirtschaftlichen Interesse werden alle Ziegenhalter nochmals auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der vorgenannten Genossenschaft hingewiesen.

Kalbe. Landwirte als Zuckerschieber. In einer großen Zuckerschiebungssache erfolgte die Verhaftung zweier Kalbenser Landwirte. Sie verkauften Zucker nach Berlin, ohne welchen zu besitzen. Es handelte sich um ein Objekt von annähernd 3 Millionen Mark, wovon die Hälfte bereits angezahlt war. Da die Verhafteten mit falschen Namen quittierten, haben sie sich nebenbei noch der Urkundenfälschung schuldig gemacht. In Berlin wurde noch ein dritter an dieser Schiebung Beteiligter verhaftet.

Große Opfer

werden durch die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet von der arbeitenden Bevölkerung abverlangt. Daß die Anhänger der Sozialdemokratie opferbereit sind, ist seit jeher bekannt. Wie die Ruhrbevölkerung ist aber auch die Arbeiterpresse in Not; die steigende Geldentwertung drückt ganz besonders auf sie. Wenn schon die bürgerlichen Verleger mit ihren erheblichen Einnahmen aus Inseraten den Papierpreis als unerträglich hoch bezeichnen, so mögen unsere Leser ermessen, wie viel mehr die Arbeiterpresse — das „Volksblatt" und die „Mansfelder Volkszeitung" — zu leiden hat.

Im gegenwärtigen Augenblick braucht man über die Notwendigkeit, die Arbeiterpresse zu stützen, nicht viele Worte zu verlieren. Unsere Genossen und Freunde haben durch die Zuwendung von Mitteln für die Sicherstellung des Zeitungsunternehmens

ein hocherfreuliches Zeichen für Treue und Opferbereitschaft

gegeben. Aber mit diesen Mitteln, so willkommen sie dem mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Verlag auch gewesen sind, ist die finanzielle Not noch keineswegs behoben. Sie kann nur bekämpft werden, indem dem Parteiblatt immer neue Leser und weitere, — der Geldentwertung entsprechende — Mittel zugeführt werden. Damit stärkt jeder Sozialdemokrat und jeder aufrichtige Gewerkschafter nicht nur sein Blatt, sondern auch seine Organisation und damit sich selbst. Aus eigener Kraft muß die Arbeiterschaft ihre Presse erhalten, dann kann sie auf die Selbsthilfe stolz sein.

19. Quittung.

Zur Unterstützung des „Volksblattes"

wurden weiter folgende Anteile und Spenden abgeliefert:

1. an nicht zurückzahlbaren Beträgen von Genossen:

Fichtner, Ammendorf	300 M.
Vogler, Bitterfeld	1000 „
H. K., Neu-Rößen	500 „
Fr. Kunert, Berlin	1000 „
G. Gerig, Halle	200 „
A. J., Ammendorf	1000 „
Seibt, Halle	200 „
durch S. M., Halle	5000 „
„ J. A., Halle	5000 „
„ R. O., Halle	5000 „
„ S. H., Halle	5000 „
„ R. O., Halle	10000 „
„ H. S., Halle	5000 „
„ O. R., Halle	5000 „
„ M. M., Halle	5000 „
„ O. F. Halle	5000 „
E. K., Halle	1000 „
Mann, Halle	200 „

2. an unverzinslichen Anteilen:

Frang Breinig, Halle	500 M.
Bereits quittiert	291 822 „
	847 782 M.

Fern. zahlten zugunsten der „Mansf. Volksztg." an freiwillig. Spenden:

A. B., Eisleben	1000 M.
B. B., Eisleben	1000 „
A. B. Eisleben	1000 „
F. W., W. H., K. B., Eisleben je 500 M. =	1500 „
H. G., M. D., W. K., Eisleben je 200 M. =	600 „
O. Sch., A. St., Eisleben je 200 M. =	400 „
Summa	353 282 M.

Den Spendern unseren Dank.

Weitere Beträge sende man an das Postscheckkonto 208 19 Erfurt oder direkt an **Verlag „Volksblatt", G. m. b. H., Halle.**

Mansfelder Lande.

Die Mansfelder Kleinbahnangelegenheit im Hauptausschuß des Landtages.

Am Sonnabend brachte Genosse Christange bei der Beratung des Handels- und Gewerbehaushalts beim Titel: Kleinbahnen die Einstellung des Kleinbahnbetriebes im Mansfelder Bergrevier zur Sprache. Er führte dabei aus, daß in heutiger Zeit Unternehmer von Kleinbahnbetrieben sehr leicht die Genehmigung zur Betriebseinstellung nachsuchen, nicht nur bei dauernden Zuschüssen, sondern auch, wenn das Unternehmen nur gerade prosperiert, ohne Ueberschüsse abzuwerfen. Der Minister kommt diesen Animonen oft bereitwillig entgegen, wie es letzthin im Eichsfeld und auch bei der Kleinbahn im Mansfeldischen geschehen sei. Die Möglichkeit bestehe, daß das Material, Schienen, Leitungsdrähte, Maschinen heutzutage zu Valutapreisen verkauft werden, um das gewonnene Kapital profitabler anderweit anzulegen. Von Unrentabilität der Mansfelder Bahn sind weitere Kreise nicht überzeugt, besonders bei der vorgeschlagenen Maßnahme, morgens, mittags und abends dem Arbeiterverkehr zu dienen, war eine Weiterführung sehr wohl möglich. Jetzt sind Kommunen dabei, dieses Verkehrsmittel doch noch für die Bevölkerung möglich zu machen, wie auch Fachkreise die Weiterführung heute noch für möglich halten. Trotz Versprechens, die Anlage im Laufe eines Jahres nicht abzumontieren, ist die Gesellschaft jetzt dabei, den Abbau vorzunehmen. Genosse Christange ersuchte schließlich den Minister in eine Nachprüfung der Genehmigung zur Einstellung der Betriebspflicht einzutreten, den Abbau zu unterlagen und der Mansfelder Bevölkerung zu ihrem notwendigen Verkehrsmittel wieder zu verhelfen. Namens der Regierung führte Ministerialrat von Schulz aus, daß die Kleinbahn dauernd mit Zuschüssen in letzter Zeit gearbeitet habe, die bei der Geldentwertung noch größer würden. Wohl hätten sich Kommunen bereit erklärt, finanziell mit einzugreifen, aber auf die Dauer sei niemand bereit gewesen, das Risiko zu tragen. Die Genehmigung zur Außerbetriebsetzung sei deshalb erfolgt. Dann aber sei die Gesellschaft zum Abbau berechtigt, sonst würde das wertvolle Material verderben, oder könne gestohlen werden. Der Gesellschaft könne nicht zugemutet werden, mit Zuschüssen dauernd zu wirtschaften. Genosse Christange wies nochmals auf die Möglichkeit des Betriebes unter veränderten Maßnahmen hin, sowie auf die geschäftliche Schädigung der Städte Eisleben und Hettstedt. Die der Regierung eingelaufenen Berichte würden wohl recht frisiert zugunsten der Abbaugenehmigung gelautet haben. Man wolle unter allen Umständen verkaufen, und da sei es eine Leichtigkeit, entsprechende Berichte der Regierung zu liefern.

Darauf erfolgte keine Antwort weiter; die Schädigung des Landes läßt die Herren kalt, wenn nur das Kapital nicht dabei zu kurz kommt.

Eisleben. Freitod. Am Montagfrüh erschoß sich die 20jährige Tochter des Kaufmanns Schuppmann, die ein Liebesverhältnis mit einem Schupolieutnant L. hatte, von dem sich herausstellte, daß er verheiratet ist.

— Notzucht. Das 10jährige Mädchen G., in der Mittelreihe wohnhaft, wurde von einem etwa 20jährigen Menschen vergewaltigt. Der Täter hat eine Narbe an der Stirn und scheint ein beschäftigungsloser Arbeiter zu sein.

Arnstedt. Die Landarbeiterschaft erwacht. Infolge des häuslichen Fiaskos, das der „Freie Landarbeiterverband" bei dem vorjährigen wilden Streik in den Mansfelder Landen erlitt, war die Interessenlosigkeit in bezug auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß unter den hiesigen Landarbeitern geradezu beängstigend geworden. Der Betriebsrat auf dem Rittergute wurde rücksichtslos auf die Straße geworfen. Niemand half und konnte helfen. Der Solidaritätsgedanke schien aus Furcht vor Maßregelungen endgültig gebannt zu sein. Durch Gratislieferung der berüchtigten „Mitteldeutschen Presse" suchte man die Gesinnung der Arbeiterschaft umzumodeln und in das passende Fahrwasser zu leiten. Die Geleitshammelten merkten aber bald, wohin die Reise ging. Zumal der wirtschaftliche Druck immer fühlbarer wurde. Es war deshalb kein Wunder, als in einer kürzlich vom „Deutschen Landarbeiterverband" einberufenen Versammlung, in welcher der Kreisleiter Paul Wort ein aufklärendes Referat hielt, wieder starke Stimmung für den freigewerkschaftlichen Verband herrschte. Die zahlreich Anwesenden traten restlos dem Verbande bei, so daß eine kräftige Ortsgruppe gegründet werden konnte. In den Mitgliedern liegt es nun, alle noch außenstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Nur eine starke Organisation kann die Interessen der Landarbeiterschaft tatkräftig vertreten.

Siersleben. Gefaßter Einbrecher. Vor einigen Tagen bemerkte ein hiesiger Molkereibesitzer in seiner Speisekammer einen fremden Mann. Auf seinen Anruf flüchtete der Einbrecher. Ein Sohn des Besitzers nahm die Verfolgung auf und stellte den Flüchtigen. Durch energisches Auftreten zwang er den Einbrecher, mit erhobenen Händen nach der Landjägerei zu gehen. Dort wurde ihm das Diebesgut, ein fast ganzer Schinken, zwei Schlachtwürste und mehrere Pfannkuchen, abgenommen. Seine Personalien wurden festgestellt.

Aus der Jugendbewegung.

Februar-Programme der Soz. Arbeiter-Jugend.

Schönebig.

Mittwoch, 14. Februar: Leseabend. (Genosse Schaaf.) — Sonntag, 18. Februar: 1/2 8 Uhr Nachmittagswahrt; 7 Uhr Heimabend. — Mittwoch, 21. Februar: Vortrag des Genossen Hübler. — Sonntag, 25. Februar: 3 bis 5 Uhr Konfirmanden-Nachmittag. — Mittwoch, 28. Februar: Versammlung.

Bitterfeld.

Mittwoch, 14. Febr.: 7 Uhr Liederabend. — Sonntag, 18. Febr.: 7 Uhr Löns-Abend. — Mittwoch, 21. Februar: 7 Uhr Volkstänze. — Sonntag, 25. Februar: 7 Uhr Brettspiele. — Mittwoch, 28. Febr.: 7 Uhr Vortrag des Genossen R. Vormann „Die Zeit des Sozialistengesetzes". — Die Musikgruppe übt jeden Sonnabend abend 7 Uhr beim Genossen Tausch, Wolfener Straße 4.

Delitzsch.

18. Februar: Vortrag über die Aufgaben der sozialistischen Arbeiter-Jugend. — 16. Februar: Abendwanderung. — 20. Febr.: Leseabend aus „Welt und Wissen". — 23. Februar: Volkstanzabend. — 25. Februar: Fahrt nach Leipzig. Besichtigung des Grassi-Museums. Ab 7.06 Berliner Bahnhof. — 26. Februar: Vorstandssitzung. — 27. Februar: Vortrag des Genossen Fritz Schirmer (Delitzsch).

Aus der Arbeitersportbewegung.

V. f. R. 1 Kayna — Städteelf Halle 1:2 (0:1).

Die bekannte hallische Städtemannschaft (ohne die Spieler von Viktoria und V. f. B. Lettin) war am Sonntag, dem 4. Februar, Gast des V. f. R. Kayna. Der erst im vergangenen Jahre in die 1. Klasse aufgerückte V. f. R. zeigte sich seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen. Der einsetzliges Spiel entwartete, sah sich enttäuscht.

Pünktlich 1/8 Uhr pfiff Sportgenosse Rausch vor sehr zahlreich erschienenen Zuschauern das Spiel an. Vom Anstoß weg setzt beiderseits ein scharfes, jedoch faires Spiel ein. Lautlose Stille hüben und drüben. Zwischendurch Beifallskundgebungen des Publikums und Murren bei verpaßten Torgelegenheiten. Aufopfernd arbeiten vor allem beide Hintermannschaften. Kaynas Sturm glänzt wiederholt durch Abseitsstellen. Ebenso kann sich Halles Sturm nicht recht Geltung verschaffen. In 35. Minute endlich kann Halles Mittelstürmer eine Flanke des Rechtsaußen unhaltbar in die äußerste Ecke einlenken. Nach Halbzeit wiederum gleichmäßig verteiltes und anhaltend scharfes Spiel. Kaynas Rechtsaußen flankt. Der Schuß wird von Halles Verteidigung zum Selbsttor eingelenkt. Zwei Minuten vor Schluß gelingt es Halle, das sehr zweifelhaft siegbringende Tor zu schießen. Der Zweck des Spieles als Propagandaspiel ist voll und ganz erreicht und das ist die Hauptsache. Schiedsrichter Rausch (Dürrenberg) war dem Spiel, bis auf die letzte Entscheidung, ein einwandfreier Leiter. Der Abend vereinigte beide Mannschaften zu einem recht gemütlichen Fidelitas. Der Städteelf nochmals ein herzliches „Frei Heil".

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, den 12. Februar 1923

Gattung	a) Für 50 kg Fleischgewicht: 1. höchster Preis M.	2. niedrigster Preis M.	3. häufigster Preis M.	b) Für 50 kg aus dem Auslande eingeführtes: Gefrier-Fleisch M.	Frisches Fleisch M.
Ochsen	300000	150000	260000	—	—
Bullen	280000	220000	250000	—	—
Kühe	300000	150000	260000	—	—
Jungrinder	250000	220000	240000	—	—
Mastkälber einschl. Lunge und Leber	—	—	—	—	—
Saugkälber einschl. Lunge und Leber	280000	200000	250000	—	—
Lämmer und Masthammel einschl. Lunge und Leber	300000	300000	300000	—	—
Schafe einschl. Lunge und Leber	280000	200000	260000	—	—
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	490000	450000	480000	—	—
Jungsilam. Schweine	—	—	—	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 13-11/fragment/page=0006